

Christoph Badelt

**NIEDERÖSTERREICH:
MEIN LAND DENKT AN MORGEN**

**Projekt „Landesstrategie Niederösterreich 2030: Soziale und
ökonomische Entwicklungen“**

Jahresbericht über das Jahr 2025

März 2026

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung: Anliegen und Aufbau des Dokuments	1
FRAGE 1: WIE LEBEN WIR MORGEN?	3
Miteinander mehr Erreichen im Land	3
Sicher gut wohnen in Niederösterreich	3
Verlässliche Nahversorgung im ganzen Land	5
Grüne Mobilität in Blau und Gelb	5
Mehr aus der Digitalisierung machen	7
FRAGE 2: WOVON LEBEN WIR MORGEN?.....	8
Standort Niederösterreich für Wirtschaft und Wohlstand stärken.....	16
Unternehmertum und regionale Innovationskraft fördern	16
Starke Landwirtschaft für Niederösterreich sichern	18
Unsere blau-gelbe Zukunft bilden	19
Wissen schaffen für Niederösterreich	20
FRAGE 3: WIE ORGANISIEREN WIR UNS MORGEN?	21
Blau-Gelbe digitale, dezentrale und bürgernahe Landesverwaltung	21
Nachhaltige Raumplanung in Niederösterreich	21
FRAGE 4: WORAUF ACHTEN WIR MORGEN?	24
Ein Land für alle Generationen.....	24
Gesundes Land Niederösterreich	27
Unsere Umwelt schützen und Energie sichern.....	30
Gemeinsam Sicherheit im Land schaffen.....	37
FRAGE 5: WER WOLLEN WIR MORGEN SEIN?.....	39
Niederösterreich für alle.....	39
Kultur im Land (er)leben	40
ANHANG 1: ÜBERLEGUNGEN ZUR AUFGABEN-ANALYSE	42
Zielvorstellungen des Projekts	42
Ergebnisse der Analysen	43
Implikationen: Das Niederösterreichische Deregulierungsgesetz 2025 und weitere Vorgangsweise.....	44
Kritische Würdigung und mögliche Weiterentwicklungen.....	46
ANHANG 2: ÜBERSICHT ÜBER DIE ZITIERTEN STUDIEN	50

Vorbemerkung: Anliegen und Aufbau des Dokuments

Aufgabenstellung und Zielsetzung des Gesamtprojekts

Das Gesamtprojekt „**Mein Land denkt an morgen – Zukunftskompass Niederösterreich**“ dient der wissenschaftlich fundierten Begleitung der Entwicklung Niederösterreichs und der Ableitung strategischer Handlungsempfehlungen für die Landespolitik. Im Mittelpunkt steht die Identifikation relevanter Entwicklungen und neuer Potenziale für die Gestaltung der Zukunft des Landes.

Im Zukunftsfeld „Wissenschaftliche Studien“ werden aktuelle sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studien und Daten zur Entwicklung in Niederösterreich dokumentiert. Dies erfolgt anhand der Struktur des „Zukunftsreports Landesstrategie Niederösterreich 2030“. Zentrale Erkenntnisse werden zusammengefasst und anhand der fünf Fragen, die als Leitlinie der Initiative dienen, Impulse für künftige Entwicklungen erarbeitet. Dabei geht es nicht um eine vollständige Darstellung der Arbeit der Landesregierung, da die üblichen „Routine“tätigkeiten der Verwaltung in diesem Bericht nicht angesprochen werden.

Vorgehensweise und methodischer Ansatz

Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Begleitung erfolgt jährlich eine Analyse der relevanten Entwicklungen in Niederösterreich anhand folgender methodischer Schritte:

- **Setzung von Themenschwerpunkten** – Es werden jährlich zentrale Fragestellungen definiert, die im Kontext der Landesentwicklung besondere Bedeutung haben. Im Jahr 2025 ist das die Aufgabenkritik zur Effizienzsteigerung der Landesverwaltung
- **Erfassung und Sichtung relevanter Studien** – Aktuelle Studien und Analysen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Niederösterreichs werden identifiziert und systematisch ausgewertet.
- **Inhaltsanalytische Untersuchung und Querschnittsanalyse** – Die Studien werden auf Schlüsselerkenntnisse hin untersucht und in einen größeren Kontext eingeordnet.
- **Darstellung von Handlungsempfehlungen** – Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen werden strategische Vorschläge und potenzielle Handlungsfelder für die Weiterentwicklung Niederösterreichs dargestellt.

Ziel ist:

- **neue Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien** zu identifizieren und nutzbar zu machen,

- **Schwerpunktthemen und blinde Flecken** in der aktuellen Entwicklung aufzuzeigen,
- **Handlungskorridore und strategische Empfehlungen** für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger darzustellen.

Zu diesem Jahresbericht

Aus dem genannten Anliegen ergibt sich die **Struktur der** jährlich zu legenden **Berichte**: Es geht nicht um die Landespolitik im Allgemeinen, sondern vor allem um die Themenbereiche, die im Zukunftsreport enthalten sind und die den im Report formulierten fünf Kernfragen zugeordnet werden. Auf diese Art wird die Entwicklung in diesen Themenfeldern während der Projektlaufzeit beobachtet und dokumentiert. Dadurch entsteht ein Bild, wie die Initiative „Mein Land denkt an Morgen“ in der Praxis umgesetzt wird und welche Probleme bzw. Fragestellungen sich in diesem Prozess ergeben.

Die Dokumentation der Entwicklungen kann auf zwei Zugängen basieren, die in diesem Dokument beide angewandt werden:

- Am Beginn der Umsetzung einer Strategie stehen in der Regel explizite Beschlüsse, die im Land gefallen sind, bzw. die dazu nötigen vorbereitenden Überlegungen (z.B. im Rahmen von Konzepten oder Diskussionspapieren. („**Inputorientierung**“) (Beispiel: Niederösterreichischer Gesundheitspakt). Der Bericht wertet entsprechende Dokumente aus.
- In den relevanten Themenfeldern werden immer wieder empirisch orientierte Dokumente erstellt, die den Zustand des Landes in einem bestimmten Bereich beschreiben. Dies kann durch quantitative Indikatoren (also durch Statistiken) oder durch qualitative Beschreibungen der angesprochenen Bereiche geschehen. Dokumente dieser Art werden ebenfalls verwendet. („**Outputorientierung**“) (Beispiel: Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Niederösterreich). Wo möglich sind bei Veränderungen wesentliche externe Erklärungsfaktoren (z.B. die gesamtwirtschaftliche Entwicklung) darzulegen.

Der vorliegende Jahresbericht 2025 gibt den **Erkenntnisstand** auf der Basis jener Dokumente wieder, die seit Abschluss der Arbeiten am Jahresbericht 2024 (Anfang Februar 2025) bis Oktober 2025 verfügbar gemacht wurden. Der Bericht 2025 bezieht sich daher nicht auf alle Themen, die in der Struktur des Zukunftsreports enthalten sind, weil nicht in allen Bereichen im Berichtsjahr Studien erstellt wurden. Ein gewisser **Eklettizismus des Dokuments** ist daher unvermeidbar, verschwindet aber, wenn mehrere Jahresberichte gemeinsam betrachtet werden.

Bei allen in den verschiedenen Dokumenten dargestellten Plänen und zukünftigen Vorhaben ist für die praktische Implementierung in der Regel auch ein finanzieller Aufwand nötig, der im Einzelfall zu kalkulieren ist. Die **Finanzierbarkeit öffentlicher**

Vorhaben ist daher bei allen in diesem Bericht dargestellten Projekten und Plänen mitzudenken.

FRAGE 1: WIE LEBEN WIR MORGEN?

Miteinander mehr Erreichen im Land

Das **Freiwilligenzentrum Niederösterreich** begleitete im Jahr 2025 Vereine und freiwillig Engagierte mit Beratung über Hotline, Freiwilligen-Anwalt und Steuerberater sowie praxisnahen Fortbildungen und dem Freiwilligen-Handbuch. Die **Freiwilligenbörse** und die Good Practice-Initiative förderten Austausch und stellten erfolgreiche Projekte vor. Zu den Höhepunkten zählten die FreiwilligenINFOwoche, die Freiwilligenmesse, die „Krone Herzensmensch“-Aktion und der Tag des Ehrenamts.

Zentrale Themen für die Weiterentwicklung des Vereinswesens sind projektbezogenes Engagement, Digitalisierung, Professionalisierung, Individualisierung, Generationenwechsel und Diversität. Das Ehrenamt in Niederösterreich steht auf einem stabilen Fundament, ist sichtbar, wertgeschätzt und systematisch unterstützt.

Sicher gut wohnen in Niederösterreich

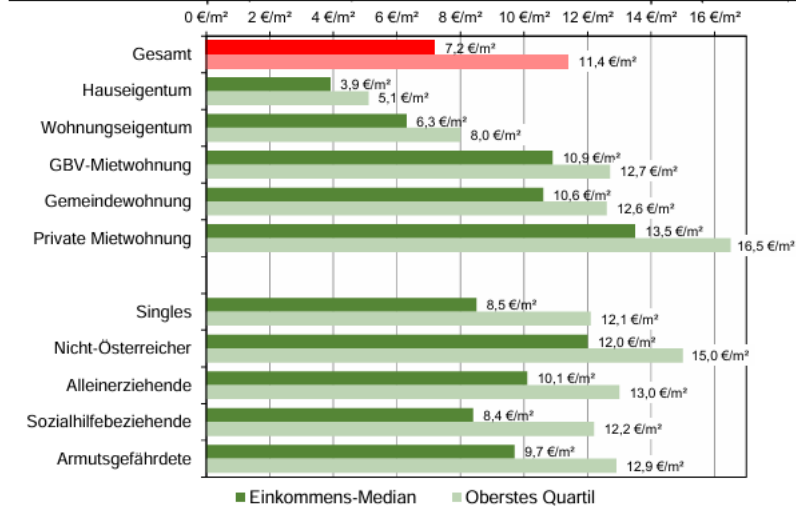
Sicheres und leistbares Wohnen stellt eine der größten Herausforderungen für die Landespolitik dar. Dabei geht es nicht nur um den verfügbaren Wohnraum an sich, sondern auch um die spezifischen Bedürfnisse verschiedener Generationen, insbesondere junger Familien, aber auch der älteren Menschen. Die Möglichkeit, diese Bedürfnisse zu erfüllen, ist stark durch die demographischen Entwicklungen, aber auch durch die Niederösterreich betreffenden Wanderungsbewegungen bestimmt.

Der Ende 2024 publizierte Almanach „Bauen + Wohnen in Niederösterreich“ (Studie 2.57) schafft eine ausgezeichnete Datenbasis für die Formulierung wohnungspolitischer Strategien. So werden Wanderungsbewegungen und Hinweise auf den Wohnbedarf für alle niederösterreichischen Bezirke ausgewiesen.

Aus aktuellen Gründen ist auch die Analyse **der Wohnkosten bzw. der Kostenbelastung** durch das Wohnen für spezifische Schichten der Bevölkerung interessant. Graphik 27 zeigt diese Kosten für verschiedene Wohnformen und vergleicht den niederösterreichischen Durchschnitt mit der Lage von Haushalten im obersten Einkommensviertel. Dabei sind signifikante Unterschiede zwischen den Wohnformen, aber auch den Haushaltstypen zu beobachten. Da in die Berechnungen nur die laufenden Kosten eingehen (nicht aber z.B. Abschreibungen auf Wohnungseigentum),

wird die Belastung bei Eigenheimen stets als niedriger als bei Mietwohnungen ausgewiesen.

Grafik 27: Wohnkosten pro Quadratmeter, Median und oberstes Einkommensquartil (Haushalte, 2023)

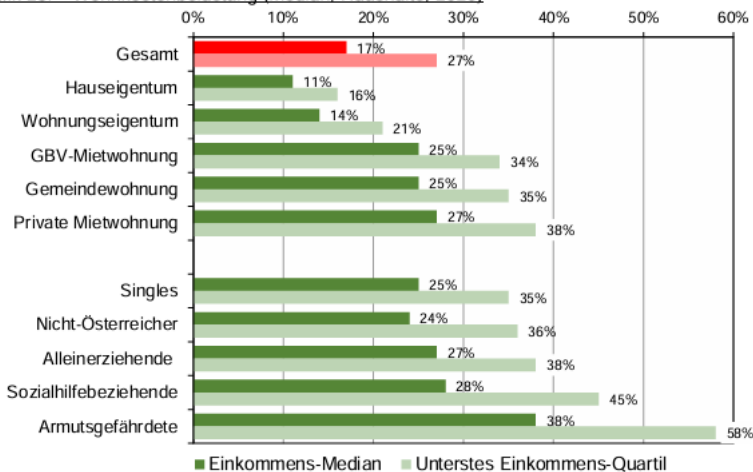


Anm.: Wohnkosten inkl. Energiekosten; Eigentum ohne Kapitaltilgung.
Quellen: Statistik Austria, EU-SILC 2023.

Quelle: Studie 2.57, S. 33

Neben den Kosten an sich ist auch der Anteil der **Wohnkosten an den gesamten Haushaltseinkommen** von Relevanz. Im Hinblick auf die sozialpolitische Brisanz wird in der folgenden Graphik 28 neben dem Gesamtdurchschnitt und den Wohnformen auch eine spezielle Analyse der Situation des untersten Einkommensviertels präsentiert. Über alle Wohnformen und Gesellschaftsschichten hinweg liegt die Wohnkostenbelastung nur bei etwa 17% der Haushaltseinkommen. Im untersten Einkommensviertel liegt dieser Anteil schon bei 27%. Armutsgefährdete Haushalte hingegen müssen schon 58% ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden.

Grafik 28: Wohnkostenbelastung (Median, Haushalte, 2023)



Quellen: Statistik Austria, EU-SILC 2023

Quelle: Studie 2.57, S. 34

Verlässliche Nahversorgung im ganzen Land

Im Berichtszeitraum wurde zur Thematik der Nahversorgung ein wichtiger Spezialaspekt näher untersucht, nämlich die **Qualität der Nahrungsmittel**. Zu diesem Zweck führt das Land **regelmäßig Prüfungen** nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz durch, die sich als sehr effektiv erweisen. Im Jahr 2024 waren 85,1% aller untersuchten Proben in Ordnung, 14,9% der Proben waren zu beanstanden. Insgesamt wurden 4667 Proben genommen. Nur 2,9% der Proben wurden als gesundheitsschädlich qualifiziert. Der Großteil der Beanstandungen betraf „Proben mit Verstößen gegen die Kennzeichnung und zur Irreführung geeigneten Angaben“ mit 545 Proben (78,4%). Weitere Beanstandungsgründe betrafen die „Zusammensetzung der Proben, welche nicht den Angaben entsprachen“ mit 43 Proben (6,2 %) und „andere Beanstandungsgründe“ mit 105 Proben (15,1%) (Studie 5.5).

Grüne Mobilität in Blau und Gelb

Themen der Mobilität haben viele Dimensionen. Ein wichtiger Teilaspekt ist das Pendlerverhalten zwischen Niederösterreich und Wien.

Als empirische Grundlage für verkehrspolitische Entscheidungen wurde im Berichtszeitraum eine **Kordonenerhebung Wien-Niederösterreich** aus dem Jahr 2023 vorgelegt, in der die Wiener Stadtgrenze querende Verkehr für einen charakteristischen Werktag (Dienstag bis Donnerstag) quantitativ (Verkehrsmenge) erfasst wird (Studie 8.97). Die Kordonenerhebung soll ein umfassendes Gesamtbild über den nach Wien einströmenden Personenverkehr liefern. Die Erhebung bezog sich gleichermaßen auf den öffentlichen Verkehr wie auf den Individualverkehr.

Für den privaten KFZ-Verkehr wurden neun Korridore definiert (siehe Abbildung 1 unten).

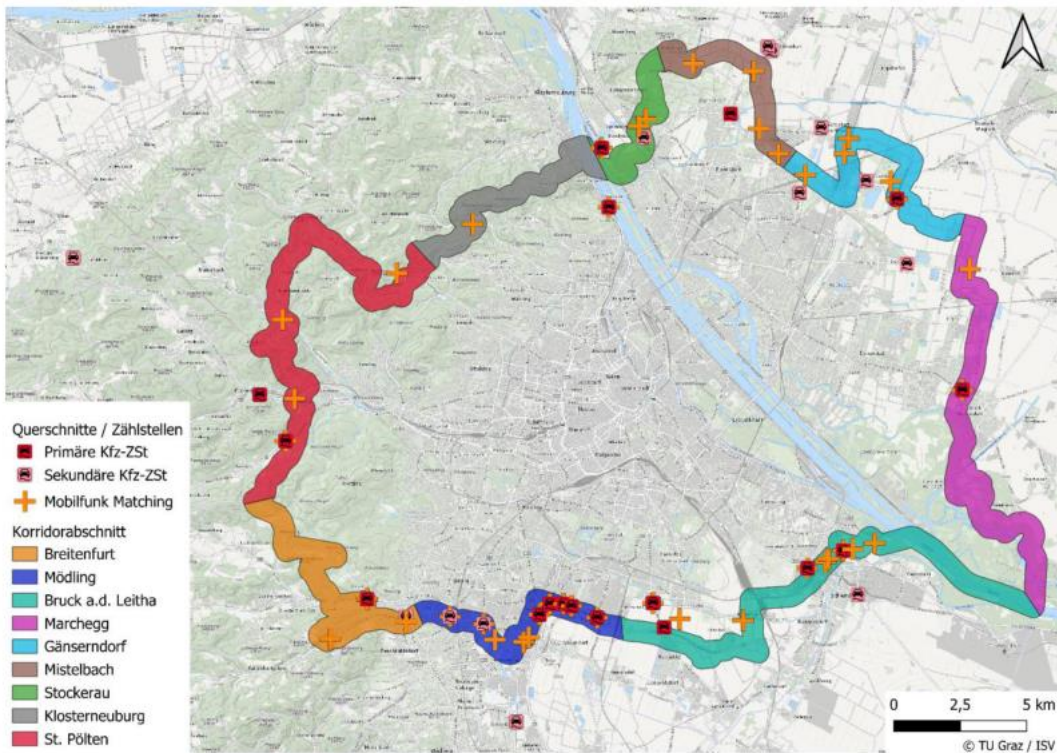


Abb. 1: Korridorabgrenzung und verwendete Kfz-Zählstellen

Als Datengrundlage für den öffentlichen Verkehr flossen Fahrgastzählungen von 63 kordonquergebenden Buslinien und 13 Bahnlängen in das Projekt ein. Die Zählstellen verteilen sich wie folgt (Abbildung 2):

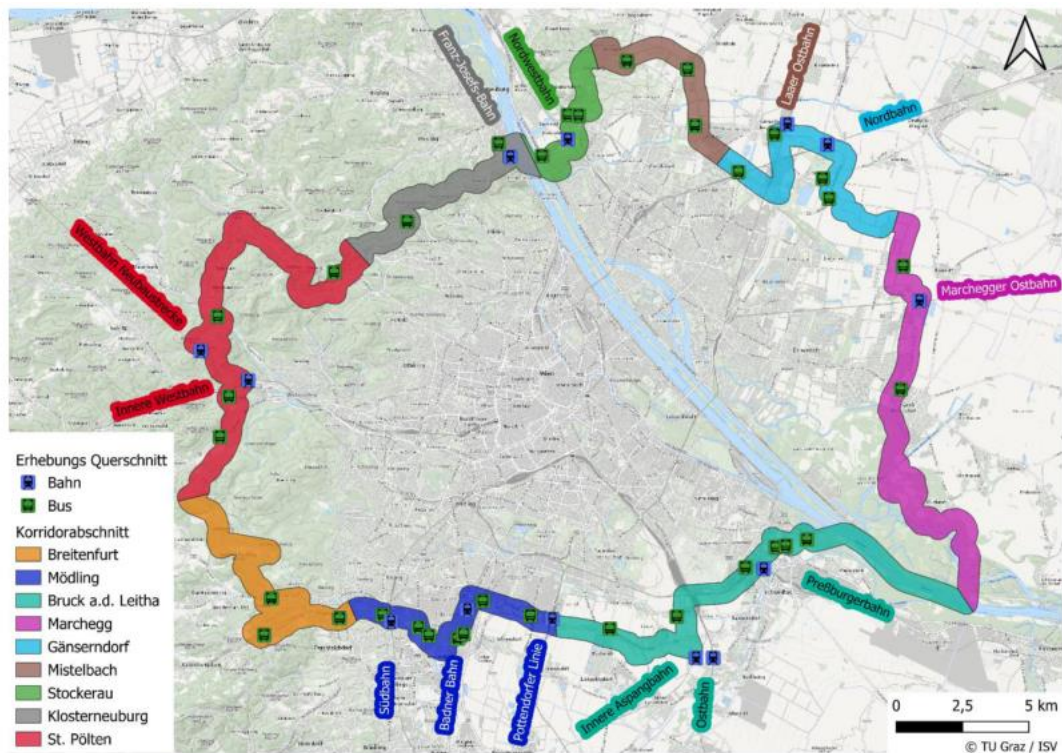


Abb. 2: Zählstellen für Fahrgastzählungen im Busverkehr und 13 Bahnlängen

Für die weitere Entwicklung des Mobilitätssystems sind nicht nur die Gesamtzahlen der betroffenen Personen, sondern noch viel mehr der **Modal Split**, also die Verteilung der pendelnden Personen auf Individual (KFZ)verkehr und auf den öffentlichen Verkehr von Relevanz.

Für den Gesamtkordon Stadtgrenze Wien ergab sich ein Verhältnis von gut 23% Öffentlicher Verkehr (ÖV) zu knapp 77% motorisierter Individualverkehr (MIV) über den gesamten Werktag. Das Gesamtverkehrsaufkommen im Personenverkehr betrug rund 617 500 Personen in Fahrtrichtung stadteinwärts sowie rund 620 500 Personen stadtauswärts. Im Pendler-affinen Frühsegment von 5 bis 9 Uhr beträgt der Modal Split in der Hauptlastrichtung stadteinwärts für den Gesamtkordon 29,3% ÖV gegenüber 70,7% MIV bei insgesamt rund 205 000 Personen (entspricht 33,2% des stadteinwärtigen Gesamtverkehrsaufkommens) (Studie 8.97, S.72). Die Ergebnisse weisen damit auf ein beachtliches Potential für die Sinnhaftigkeit des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs hin.

Mehr aus der Digitalisierung machen

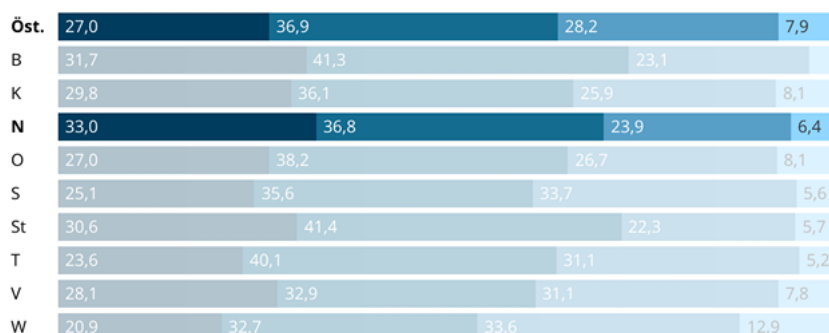
Niederösterreich hat im Bereich der digitalen Wettbewerbsfähigkeit einen deutlichen Aufholbedarf. Dies belegt neuerlich die Studie 6.179 von ECO Austria, in der die Errichtung eines Datacenters in Niederösterreich im Fokus steht. Gemäß der IKT-Erhebung der Statistik Austria aus dem Jahr 2024 verfügen in Niederösterreich 30% der Unternehmen über eine hohe oder sehr hohe **Digitalisierungsintensität**, während der gesamtösterreichische Durchschnitt bei 36% liegt, mit Wien an der Spitze mit einem Wert von 46% (Studie 6.179, S. 26f). Auch andere Indikatoren, wie z.B. der Anteil von Arbeitsplätzen mit direktem Zugang zum Internet, weisen in die gleiche Richtung. Die folgende Abbildung 11 zeigt den Bundesländervergleich im Detail.

Abbildung 11: Digitalisierungsintensität der Unternehmen in Niederösterreich im Vergleich

Digitalisierungsintensität nach Bundesländern

Index der Digitalisierungsintensität 2024

■ sehr gering ■ gering ■ hoch ■ sehr hoch



Quelle: Statistik Austria IKT Erhebung 2024. • Erstellt mit Datawrapper

ECO AUSTRIA
INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Quelle: Studie 6.179, S. 27

Vor diesem Hintergrund, aber auch unter allgemeinen standortpolitischen Gesichtspunkten, stellt sich die Frage, ob – und in welcher Form – Niederösterreich die **Errichtung eines Datencenters** anstreben sollte. Eine ausführliche Studie von ECO-Austria beleuchtet dieses Thema von verschiedenen Seiten (Studie 6.179). Von einem solchen Zentrum gingen nicht nur bedeutende Impulse für die Digitalisierung der Wirtschaft aus, weil IKT-intensive Unternehmen angezogen würden. Auch versorgungspolitische und institutionelle Faktoren würden dafür sprechen.

In jedem Fall wäre es wichtig, entsprechende Kompensationsmaßnahmen für die Standortgemeinde mitzuplanen, z.B. durch die Nutzung von Abwärme des Centers. Diese sollten sicherstellen, dass ein Center lokale Akzeptanz erfährt, in dem die Standortgemeinde auch Vorteile für sich realisieren kann. Konkrete Überlegungen zur Finanzierung einer solchen Investition werden in der Studie allerdings nicht abgehandelt.

FRAGE 2: WOVON LEBEN WIR MORGEN?

Österreich hat im Jahr 2024 das zweite Rezessionsjahr durchgemacht, 2025 scheint sich das Blatt wieder leicht zum Positiven zu wenden. Die schlechte wirtschaftliche Lage muss als Hintergrund nahezu sämtlicher Entwicklungen auch im Land Niederösterreich gesehen werden, weil es kaum Initiativen gibt, die ohne wirtschaftliche Ressourcen umgesetzt werden können. Deshalb ist es sinnvoll, am Beginn der Darstellung wirtschaftlicher Entwicklungen die ökonomische Situation des Landes zusammenfassend zu beschreiben.

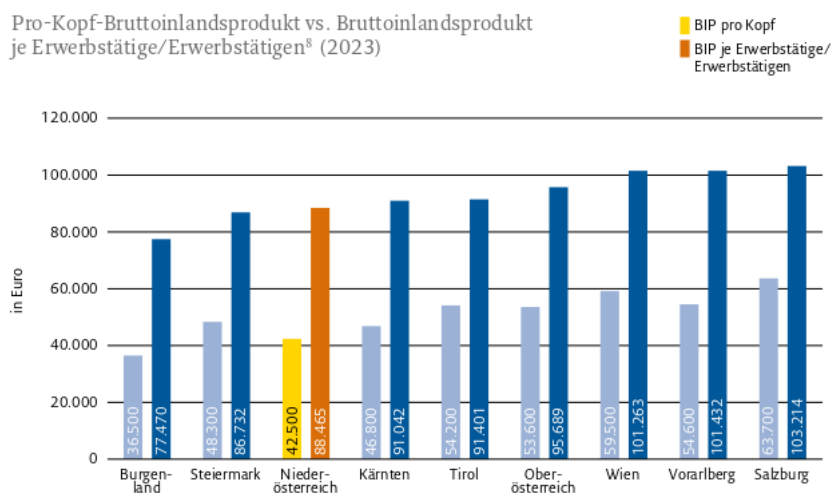
Ein Überblicksbild gibt der jährlich vom Land erstellte **Wirtschaftsbericht** (Studie 6.113), in dem die wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen des Landes wie folgt ausgewiesen werden¹:

Wachstumsraten des realen BIP^{3,4} und der realen Bruttowertschöpfung³
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent)

BRP/BIP (Bruttoregionalprodukt / Bruttoinlandsprodukt)	2022	2023	2024 ⁵	2025 ⁶	2026 ⁶
Bruttoregionalprodukt Niederösterreich (Economica/IHS)	+3,2	-1,3	-1,8	-0,4	+1,4
Bruttoinlandsprodukt Österreich (IHS)	+5,3	-1,0	-1,2	-0,2	+1,1
Bruttoinlandsprodukt Österreich (WIFO)	+5,3	-1,0	-1,2	-0,3	+1,2
BWS (Bruttowertschöpfung)	2022	2023	2024 ⁵	2025 ⁶	2026 ⁶
Wirtschaftsbereiche Niederösterreich (Economica/IHS)	+3,9	-1,6	-1,8	-0,4	+1,4
Wirtschaftsbereiche Österreich (Statistik Austria und WIFO)	+6,1	-1,2	-1,4	-0,5	+1,2

¹ Die gesamtösterreichischen Konjunkturprognosen von WIFO und IHS werden jedes Quartal revidiert. Die jüngst verfügbaren Prognosen des WIFO aus dem Oktober 2025 sagen für Österreich 2025 ein Wachstum von 0,3% und für 2026 von 1,1% voraus.

Quelle: Wirtschaftsbericht 2024 (Studie 6.113), S.16



Quelle: Wirtschaftsbericht 2024 (Studie 6.113), S.17

Die **gesamtösterreichische Rezession** fußte sektoral auf einer breiten Basis. In einer realen Rechnung erzielten 2024 in Österreich nur die Bereiche Kredit- und Versicherungswesen, Information und Kommunikation, die öffentliche Verwaltung sowie das Grundstücks- und Wohnungswesen reale Wertschöpfungszuwächse.² Die Lage der **Industrie** stellte sich dabei als besonders kritisch dar. Dementsprechend war das Negativwachstum in der **Sachgütererzeugung** am stärksten ausgeprägt. Je nach der regionalen Branchenstruktur eines Bundeslandes litten die Länder mit dem höchsten Industrieanteil besonders stark; gemessen am Rückgang des Produktionswerts waren vor allem Kärnten, Oberösterreich und eben auch Niederösterreich betroffen (vgl. Übersicht 1).

² Vgl. dazu und zum folgenden: J. Bachtrögler-Unger, et.al. Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart, in: WIFO-Monatsberichte, Heft 6/2025, S. 298 ff

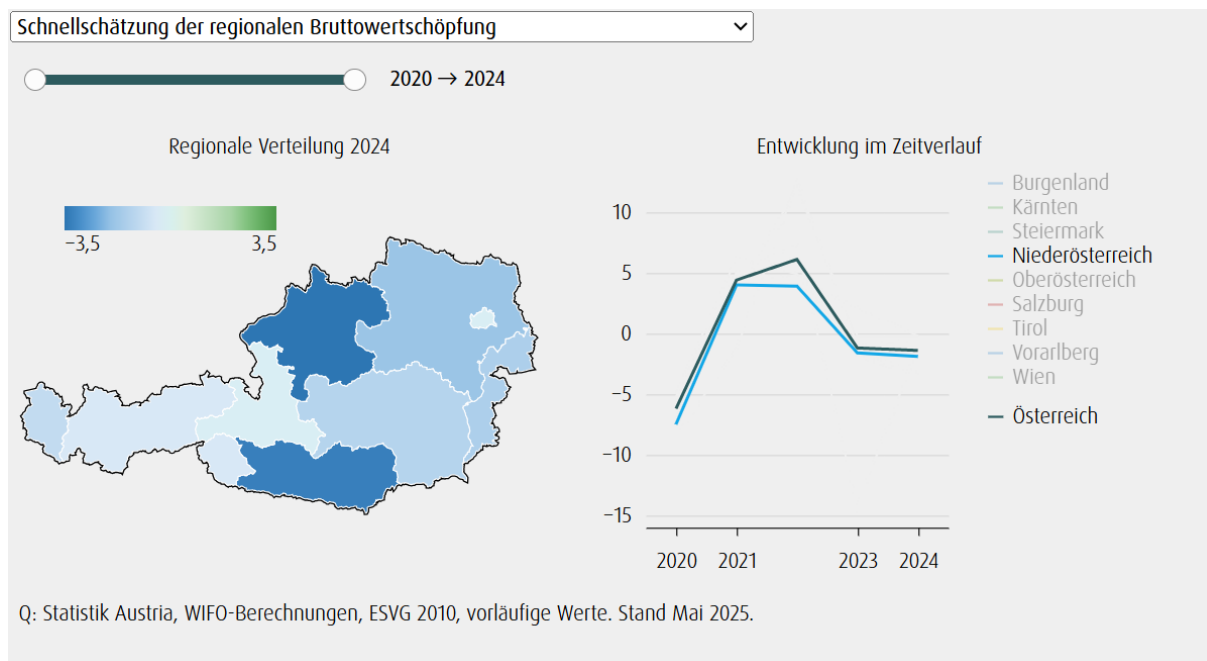
Übersicht 1: Entwicklung von Sachgütererzeugung, Energie- und Wasserversorgung 2024

	Sachgütererzeugung			Energie- und Wasserversorgung
	Abgesetzter Produktionswert, nominell ¹⁾	Technischer Produktionswert, nominell ²⁾	Produktionsindex 2015 = 100, real	Abgesetzter Produktionswert, nominell ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Österreich	- 3,9	- 4,0	- 4,6	- 20,3
Wien	- 4,3	- 1,2	+ 1,8	- 23,7
Niederösterreich	- 5,4	- 6,9	- 6,3	- 18,5
Burgenland	- 2,1	- 1,4	- 1,7	- 27,5
Steiermark	- 0,9	- 1,9	- 1,8	- 11,2
Kärnten	- 7,2	- 5,9	- 5,8	- 16,5
Oberösterreich	- 6,6	- 7,1	- 8,4	- 24,9
Salzburg	- 0,4	- 1,5	- 5,1	- 4,4
Tirol	+ 1,1	+ 4,7	- 0,7	- 8,2
Vorarlberg	- 1,5	- 1,0	- 3,6	- 3,9

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Sachgütererzeugung: Herstellung von Waren einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. - ¹⁾ Wert der abgesetzten Güter und Leistungen aus Haupt- und Nebentätigkeiten der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer. - ²⁾ Wert der Eigenproduktion der Unternehmen für Absatz und für interne Lieferungen, einschließlich Lohnarbeit.

Quelle: J. Bachtrögler-Unger, et. al, 2025, S. 301

Dieses generelle Bild lässt sich auch für die **gesamte Bruttowertschöpfung** zeichnen, wie aus der folgenden vom WIFO entwickelten Graphik zu erkennen ist. Die Entwicklung in Niederösterreich ist schlechter als im gesamtösterreichischen Durchschnitt, jedoch besser als in Oberösterreich oder in Kärnten.



Quelle: [Regionalökonomie und räumliche Analyse - WIFO](#)

Von besonderer Relevanz ist auch die Entwicklung der **Bauwirtschaft**, die neben der Industrie besonders stark vom wirtschaftlichen Einbruch betroffen war. Im Laufe des Jahres 2024 nahmen allerdings in ganz Österreich, wie auch in Niederösterreich, die negativen Wachstumsraten deutlich ab, sodass von einem Abebben der Krise

gesprochen werden kann. Über alle Bereiche der Bauwirtschaft hinweg gab es in Niederösterreich (anders als in Österreich insgesamt) sogar ein leichtes Plus beim Produktionswert (siehe Übersicht 5). Für 2025 wird gemäß dem WIFO-Konjunkturtest vom November 2025 trotz widersprüchlicher Einzelindikatoren wieder eine leicht positive Entwicklung erwartet.

Übersicht 5: **Nomineller Produktionswert und Auftragseingänge der Bauwirtschaft 2024**

	Insgesamt	Hochbau	Tiefbau	Sonstige Bautätigkeiten	Auftrags- eingänge
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Österreich	- 2,0	- 7,6	+ 2,4	+ 0,0	+ 4,8
Wien	- 3,6	- 12,8	+ 14,6	+ 1,2	+ 5,5
Niederösterreich	+ 0,2	- 2,2	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,3
Burgenland	- 2,9	+ 0,7	- 21,7	- 0,8	+ 6,1
Steiermark	- 1,6	- 7,8	+ 5,5	- 0,1	+ 1,1
Kärnten	- 4,4	+ 2,0	- 26,0	- 5,4	+ 8,4
Oberösterreich	- 1,6	- 8,0	+ 2,8	- 0,4	+ 0,9
Salzburg	- 0,9	- 1,3	- 2,3	- 0,1	+ 39,8
Tirol	- 0,6	- 7,2	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,4
Vorarlberg	- 6,5	- 18,2	+ 2,9	- 0,4	+ 6,0

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion (ÖNACE). Fortschreibung der endgültigen Werte 2023 mit den Veränderungsdaten der vorläufigen Datenstände 2023 und 2024.

Quelle: J. Bachtrögler-Unger, et. al, 2025, S. 305

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes lassen sich auch gut anhand der **Situation am Arbeitsmarkt** beschreiben. Die lang andauernde Rezession hatte naturgemäß auch Auswirkungen auf die Beschäftigung und auf die Arbeitslosigkeit, wenngleich im Vergleich zu früheren Wirtschaftsabschwüngen die Effekte geringer ausfielen. Dies dürfte einerseits auf die demographische Entwicklung, andererseits aber auch auf das unternehmerische Verhalten, Arbeitskräfte bei sinkender Güternachfrage zunächst zu halten, zurückzuführen sein.

2024 brach der Zuwachs an Beschäftigten auf der gesamtösterreichischen Ebene nahezu ein, in Niederösterreich war sogar ein geringfügiger Rückgang der Beschäftigten zu verzeichnen (-0,1% gegenüber 2023) (vgl. unten Übersicht 10).

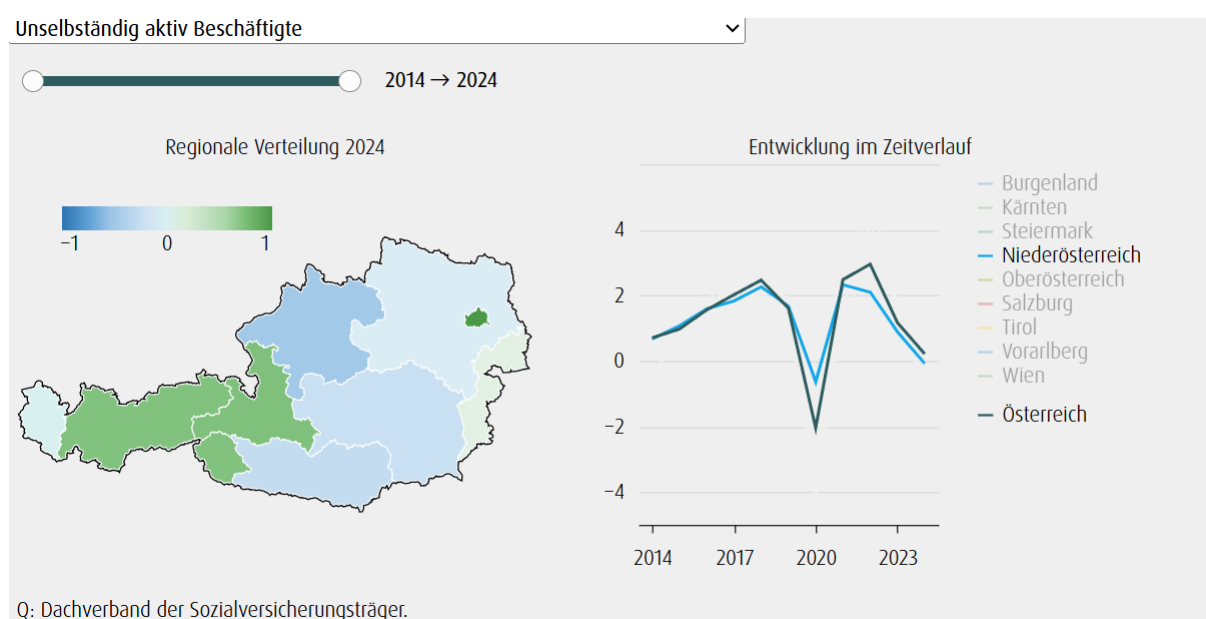
Übersicht 10: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung 2024

	Insgesamt ¹⁾		Männer	Frauen	Ausländische Arbeitskräfte	Inländische Arbeitskräfte	Ältere ²⁾	Jugendliche ³⁾
	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	3.897.774	+ 0,2	- 0,5	+ 0,8	+ 2,6	- 0,7	+ 4,1	- 1,5
Wien	913.497	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,5	- 0,2	+ 4,3	+ 0,5
Niederösterreich	643.262	- 0,1	- 0,7	+ 0,4	+ 2,1	- 0,8	+ 4,2	- 1,7
Burgenland	110.953	+ 0,1	- 1,2	+ 1,2	+ 1,8	- 0,8	+ 4,0	- 1,6
Steiermark	537.925	- 0,3	- 1,1	+ 0,5	+ 2,0	- 0,9	+ 4,1	- 2,4
Kärnten	218.421	- 0,3	- 1,2	+ 0,6	+ 2,0	- 0,9	+ 3,6	- 1,4
Oberösterreich	682.861	- 0,5	- 1,4	+ 0,2	+ 0,9	- 1,1	+ 3,4	- 2,6
Salzburg	268.735	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 4,0	- 0,6	+ 4,7	- 1,5
Tirol	352.633	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 3,5	- 0,4	+ 4,7	- 1,1
Vorarlberg	169.486	- 0,0	- 0,8	+ 0,8	+ 1,1	- 0,5	+ 4,6	- 2,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten). – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 15 bis 24 Jahre.

Quelle: J. Bachtrögler-Unger, et. al, 2025, S. 312

Die untenstehende Grafik zeigt die innerösterreichisch ungleiche regionale Verteilung des Beschäftigtenwachstums. Positive Werte erzielten die Tourismusländer Salzburg und Tirol, sowie Wien und – in geringem Ausmaß – das Burgenland. In Niederösterreich war die Entwicklung seit etwa 2021 hingegen weniger positiv als in Österreich insgesamt, jedoch gab es auch einige Bundesländer mit schlechteren Ergebnissen als Niederösterreich.



Quelle: [Regionalökonomie und räumliche Analyse - WIFO](#)

Anders als bei der Beschäftigung stellte sich die Situation bei der **Arbeitslosigkeit** dar. Zwar stieg im Jahr 2024 auch in Niederösterreich die Zahl der Arbeitslosen (um 8,3%) gegenüber dem Vorjahr an, doch war dieser Anstieg deutlich niedriger als in Österreich insgesamt (10,0%). Gleiches galt für das Niveau der Arbeitslosigkeit, das im Jahresdurchschnitt 2024 in Niederösterreich bei 6,3 % lag. Details sind der Übersicht 13 zu entnehmen:

Übersicht 13: **Arbeitslosigkeit 2024**

	Insgesamt	Männer	Frauen	Arbeitslose					Arbeitslosenquote	
				Ausländische Arbeitskräfte	Inländische Arbeitskräfte	Jugendliche ¹⁾	Ältere ²⁾	Langzeit- arbeitslose ³⁾	Niveau	Veränderung gegen das Vorjahr
Österreich	+ 10,0	+ 10,7	+ 9,1	+ 15,7	+ 6,5	+ 13,1	+ 7,8	+ 10,0	7,0	+ 0,6
Wien	+ 9,2	+ 9,3	+ 9,0	+ 14,2	+ 4,2	+ 14,8	+ 6,9	+ 9,2	11,4	+ 0,8
Niederösterreich	+ 8,3	+ 8,7	+ 7,6	+ 13,0	+ 6,6	+ 14,5	+ 5,7	+ 12,0	6,3	+ 0,5
Burgenland	+ 6,9	+ 8,3	+ 5,2	+ 13,2	+ 5,1	+ 12,5	+ 4,3	+ 5,3	6,8	+ 0,4
Steiermark	+ 12,3	+ 14,0	+ 10,1	+ 18,2	+ 9,6	+ 11,2	+ 11,7	+ 15,8	6,1	+ 0,7
Kärnten	+ 4,1	+ 5,8	+ 1,9	+ 10,5	+ 2,2	+ 16,7	+ 3,5	- 4,3	7,3	+ 0,3
Oberösterreich	+ 17,2	+ 18,4	+ 15,8	+ 26,4	+ 12,3	+ 4,9	+ 13,6	+ 14,9	4,9	+ 0,7
Salzburg	+ 10,9	+ 10,4	+ 11,4	+ 16,2	+ 7,4	+ 15,4	+ 12,3	+ 12,3	4,2	+ 0,4
Tirol	+ 9,3	+ 10,1	+ 8,2	+ 16,9	+ 5,1	+ 14,7	+ 5,7	+ 15,0	4,3	+ 0,3
Vorarlberg	+ 9,3	+ 11,1	+ 7,1	+ 12,7	+ 7,0	+ 17,5	+ 6,6	+ 9,8	5,6	+ 0,5

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ 15 bis 24 Jahre. – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 1 Jahr oder länger arbeitslos.

Quelle: J. Bachtrögler-Unger, et. al, 2025, S. 315

Über die Regionalanalysen des WIFO hinaus liefern der jährliche Wirtschaftsbericht des Landes sowie die von **ECONOMICA** und dem **IHS** erstellten **landesspezifischen** Analysen und **Konjunkturprognosen** (Studie 6.111) nähere Informationen zum wirtschaftlichen Umfeld des Landes.

Beispielsweise enthalten diese Prognosen auch konkrete Zukunftsszenarien für das **Bauwesen in Niederösterreich**. Nach einem Rückgang um 4,2 % im Jahr 2024 in Niederösterreich und um 4,4 % österreichweit wird für das Jahr 2025 mit einem leichten Anstieg der BWS des Bauwesens um 0,3 % in Niederösterreich und um 0,5 % im Österreich-Durchschnitt gerechnet (vgl. Tabelle 13). Im Jahr 2026 dürfte die BWS dieses Bereichs um 1,8 % in Niederösterreich und 1,6 % österreichweit steigen (Studie 6.111, S. 26).

Tabelle 13: Reale Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen¹⁾ – Bauwesen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %)

	2022	2023	2024*	2025P	2026P
Niederösterreich (ECONOMICA/IHS)	-3,1	-8,6	-4,2	+0,3	+1,8
Österreich (STATISTIK AUSTRIA, WIFO)	-3,4	-7,5	-4,4	+0,5	+1,6

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, ECONOMICA/IHS, WIFO.

¹⁾Zu Vorjahrespreisen. *Vorläufige Schätzwerte. P= Prognose.

Quelle: Studie 6.111., S. 26

Darüber hinaus ist es wichtig, die regionalen Differenzen der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Niederösterreichs im Auge zu behalten. Dazu eignen sich besonders gut die **Arbeitslosenraten auf Bezirksebene**, wie sie in den Wirtschaftsanalysen von IHS/Economica ausgewiesen werden (Tabelle 40). Maximalwerte werden etwa für Gänserndorf, Neunkirchen oder Baden ausgewiesen.

Tabelle 40: Arbeitslosenquoten nach AMS-Bezirken, März 2025 vs. März 2024

	Frauen		Männer und altern. Geschl.		Gesamt	
	Bestand	Ver. zum VJ absolut	Bestand	Ver. zum VJ absolut	Bestand	Ver. zum VJ absolut
301-Amstetten	3,8%	-0,1%	4,7%	0,2%	4,3%	0,0%
303-Baden	/0	/0	/0	/0	/0	/0
304-Baden neu	6,8%	0,0%	7,8%	0,0%	7,3%	0,0%
305-Berndorf - St. Veit	/0	/0	/0	/0	/0	/0
306-Bruck/Leitha	6,2%	0,3%	6,0%	-0,3%	6,1%	0,0%
308-Gänserndorf	8,0%	-0,1%	8,0%	-0,4%	8,0%	-0,3%
311-Gmünd	5,2%	0,0%	7,6%	0,0%	6,5%	0,0%
312-Hollabrunn	4,9%	-0,2%	6,0%	-0,2%	5,5%	-0,2%
313-Horn	3,1%	0,5%	4,1%	0,2%	3,6%	0,3%
314-Korneuburg	5,0%	0,2%	5,5%	-0,1%	5,3%	0,0%
315-Krems	5,1%	0,7%	5,7%	-0,1%	5,5%	0,3%
316-Lilienfeld	6,2%	0,5%	6,7%	-0,8%	6,5%	-0,2%
317-Melk	3,7%	0,1%	4,4%	0,0%	4,1%	0,0%
319-Mistelbach	5,6%	0,0%	6,5%	0,2%	6,0%	0,1%
321-Mödling	4,6%	0,1%	5,9%	-0,1%	5,2%	0,0%
323-Neunkirchen	6,6%	0,0%	8,0%	0,8%	7,3%	0,4%
326-St. Pölten	6,0%	0,2%	7,2%	0,2%	6,6%	0,2%
328-Scheibbs	2,8%	0,0%	3,6%	-0,1%	3,3%	0,0%
329-Schwechat	6,7%	0,4%	7,1%	0,7%	6,9%	0,5%
331-Tulln	4,0%	-0,1%	5,1%	0,4%	4,6%	0,2%
332-Waidhofen/Thaya	4,0%	0,5%	6,0%	-0,1%	5,1%	0,1%
333-Waidhofen/Ybbs	3,3%	-0,3%	3,9%	0,2%	3,6%	0,0%
Niederösterreich	6,4	0,1%	6,7	0,1%	6,5%	0,1%

Quelle: AMS Niederösterreich.

Quelle (entnommen aus): Studie 6.111, S. 45

Für die Umsetzungsmöglichkeiten von Initiativen im Rahmen des „Mein Land denkt an morgen“ - Ansatzes sind auch die wichtigsten Indikatoren für den öffentlichen Haushalt in Niederösterreich von hoher Aussagenkraft. Der **Finanzierungssaldo des Landes** hatte sich im Jahr 2024 deutlich verschlechtert. Das Defizit betrug im Jahr 2024 etwa 434 Mio. Euro, was einem Betrag von 251 Euro pro Kopf entspricht. Dieser Wert ist zwar im Vergleich zu 2023 kritisch zu sehen; Niederösterreich steht allerdings im Vergleich zu den anderen Bundesländern relativ gut da, weil es (mit Oberösterreich) nur ein anderes Bundesland mit einem niedrigeren Wert gibt.

Tabelle 14: Finanzierungssalden¹⁾ der Länder und Gemeinden 2022 bis 2024 gemäß ESVG 2010 (in Mio EUR und pro Kopf in EUR)

Finanzierungssalden der Länder

	Bgld.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Länder (ohne Wien)	Wien ²⁾	Länder (mit Wien)
in Mio EUR											
2022	-24	145	380	612	103	216	14	431	1.877	231	2.108
2023	-95	-106	-138	120	-202	8	-156	-7	-576	-1.257	-1.833
2024	-291	-260	-434	-36	-295	-769	-250	-140	-2.475	-1.810	-4.285
pro Kopf in EUR											
2022	-78	254	221	402	182	170	18	1.061	264	117	232
2023	-314	-186	-80	78	-353	6	-201	-18	-81	-627	-200
2024	-964	-456	-251	-23	-516	-604	-321	-339	-345	-892	-466

Quelle: Fiskalrat Austria, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2024 – 2029, S.71

Auch die **Verschuldung des Landes** spiegelt die schwierige wirtschaftliche Situation des Jahres 2024 wider. Die Verschuldung ist gegenüber den Vorjahren um etwas mehr als 6% gewachsen, in einer Pro-Kopf Betrachtung liegen die Schulden über dem Durchschnitt der Bundesländer insgesamt. Die Wachstumsrate der Schulden ist niedriger als im Gesamtdurchschnitt der Bundesländer.

Tabelle 17: Öffentliche Verschuldung¹⁾ der Länder und Gemeinden Ende 2022 bis 2024 gemäß ESVG 2010 (in Mio EUR, in Prozent des BIP und pro Kopf in EUR)

Verschuldung der Länder

	Bgld.	Ktn.	NÖ	OÖ	Sbg.	Stmk.	Tirol	Vbg.	Länder (ohne Wien)	Wien ²⁾	Länder (mit Wien)
in Mio EUR											
2022	1.327	3.570	9.071	2.396	1.081	4.821	986	578	23.829	9.643	33.473
2023	1.425	3.818	9.085	2.365	1.283	5.708	1.136	587	25.407	10.930	36.337
2024	1.655	4.032	9.659	2.422	1.696	6.417	1.314	728	27.922	12.683	40.606
in % des BIP											
2022	0,3	0,8	2,0	0,5	0,2	1,1	0,2	0,1	5,3	2,1	7,4
2023	0,3	0,8	1,9	0,5	0,3	1,2	0,2	0,1	5,3	2,3	7,6
2024	0,3	0,8	2,0	0,5	0,3	1,3	0,3	0,1	5,7	2,6	8,2
pro Kopf in EUR											
2022	4.405	6.275	5.279	1.573	1.902	3.810	1.278	1.422	3.346	4.865	3.676
2023	4.720	6.701	5.270	1.545	2.246	4.495	1.464	1.433	3.552	5.449	3.968
2024	5.456	7.094	5.576	1.576	2.959	5.052	1.688	1.770	3.892	6.287	4.418

Quelle: Fiskalrat Austria, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2024 – 2029, S. 84

Während somit der wirtschaftliche Hintergrund für neue Initiativen des Landes bis zur ersten Jahreshälfte 2025 ungünstig war, stellt sich die Frage nach den kommenden Entwicklungen, insbesondere, ob mit einem Ende der Rezession und einem Anspringen des Wirtschaftswachstums gerechnet werden kann. Die gesamtösterreichischen Wirtschaftsprognosen sind (Stand Oktober) diesbezüglich leicht optimistisch. Eine regionale Aufschlüsselung der Prognosen gibt es aber nicht. Abgesehen davon, dass Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nur indirekt bzw. erst längerfristig Auswirkungen auf die budgetäre Situation des Landes haben.

Abgesehen von den Tendenzen der internationalen Wirtschaftsentwicklung gibt es **spezifische Risikofaktoren** für die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. Zusätzliche Maßnahmen der Bundesregierung zur Erreichung der budgetären Einsparziele werden im Laufe des Jahres 2026 festgelegt und je nach Ausgestaltung könnten sie stärkere negative Auswirkungen auf das Wachstum haben als in den referierten Prognosen angenommen. Eine besondere Bedeutung hat auch die Entwicklung der Sparquote der privaten Haushalte. Sollte diese wie erwartet zurückgehen, dann würde dies zu einer Belebung des Konsums führen. Eine anhaltend hohe Sparquote würde hingegen den privaten Konsum dämpfen und den erwarteten Konjunkturumschwung abschwächen.

Ein besonderer Risikofaktor ist die verringerte **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** der heimischen Industrie, die die Investitionstätigkeit langfristig belasten könnte. Allerdings gibt es auch Chancen für die österreichische Wirtschaft, insbesondere für die Industrie, durch verstärkte Rüstungsprogramme aufgrund der unsicheren Sicherheitslage in Europa sowie durch die expansive Fiskalpolitik in Deutschland, wenn nationale

Schuldenregeln gelockert werden. Kurzfristig dürften die positiven Effekte hauptsächlich durch eine Verbesserung der Wirtschaftsstimmung entstehen, da Exportchancen in Aussicht stehen (Studie 6.111, S.9).

Standort Niederösterreich für Wirtschaft und Wohlstand stärken

Die Landesregierung hat mit dem **Doppelbudget 2025/2026** eine Reihe von Initiativen gesetzt, die der schwachen Konjunktorentwicklung entgegenwirken sollten. Dabei ging es insbesondere um Investitionen, die in Summe **beachtliche Wertschöpfungseffekte** nach sich zogen. ECO-Austria schätzte (Studie 6.127) die Effekte auf das Produktionsvolumen in Niederösterreich um Euro 7,2 Mrd. und auf das niederösterreichische Bruttoregionalprodukt im Ausmaß von Euro 3,4 Mrd. Die größten sektoralen Impulse entfallen auf die Bauwirtschaft, gefolgt von wissensintensiven Dienstleistungen wie freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Services sowie unternehmensnahen Dienstleistungen und dem Handel. Auch das verarbeitende Gewerbe und die Industrie profitieren maßgeblich, ebenso wie die Immobilienwirtschaft (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Struktur der Wertschöpfungseffekte der Investitionen und Investitionsanreize des Landes Niederösterreich auf die niederösterreichische Wirtschaft in den Jahren 2025 und 2026

Branchengruppe	2025		2026	
	Wertschöpfung	Beschäftigung	Wertschöpfung	Beschäftigung
Bauwirtschaft	58,27%	63,36%	58,33%	63,44%
Erbringung von freib., wissenschaftl., techn. sowie sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen	11,62%	11,32%	11,28%	10,98%
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	6,47%	7,45%	6,48%	7,46%
Herstellung von Waren	5,55%	5,21%	5,54%	5,2%
Grundst. icks- und Wohnungswesen	5,2%	0,8%	5,2%	0,8%
Verkehr und Lagerei	4,97%	4,39%	5,28%	4,66%
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstl.	2,09%	1,01%	2,09%	1,01%
Information und Kommunikation	1,17%	0,7%	1,15%	0,69%
Beherbergung und Gastronomie	1,14%	1,64%	1,14%	1,64%
	3,52%	4,11%	3,52%	4,11%

Quelle: EcoAustria Berechnungen. • Erstellt mit Datawrapper

ECO AUSTRIA
WIRTSCHAFTS- UND
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Quelle: Studie 6.127, S. 11

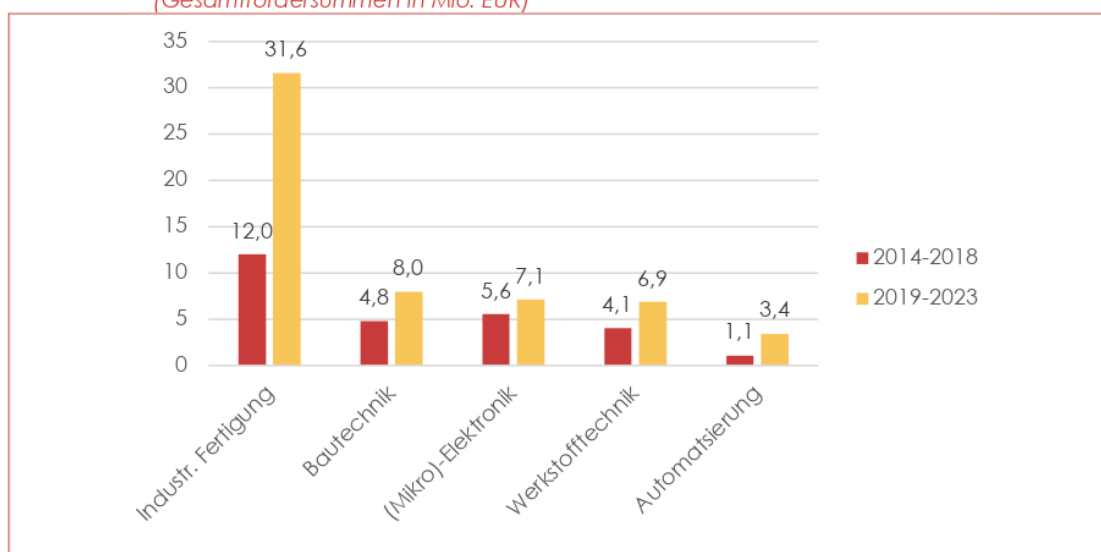
Unternehmertum und regionale Innovationskraft fördern

Das Land Niederösterreich ist im Jahre 2014 für 10 Jahre eine Kooperation mit der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) eingegangen, um die Effekte des **FFG-**

Basisprogramms auf die niederösterreichische Wirtschaft durch eine **Anschlussförderung** zu verstärken, wobei insbesondere auch die **Innovationskraft von KMUs** vergrößert werden sollte. Im Berichtszeitraum wurde nun erstmal eine Evaluation dieser Kooperation vorgelegt, um Zielgenauigkeit und Effizienz der Förderungen zu untersuchen. Die Evaluation wurde von TECHNOPOLIS (Studie 6.168) erarbeitet.

Wie der Abbildung 4 entnommen werden kann, betrafen die Förderungen vor allem die industrielle Fertigung, in geringerem Ausmaß auch Bautechnik, Elektronik und Werkstofftechnik, jedoch nur relativ selten den Themenbereich der Automatisierung.

Abbildung 4 Thematische Zuordnung nach Subject Index Codes (SIC): Top 5 Bereiche der FFG BP mit Anschlussförderung im Vergleich der Zeiträume 2014–2018 und 2019–2023 (Gesamtförderungen in Mio. EUR)



Quelle: FFG Förderdaten, Berechnungen und Darstellung: Technopolis

Quelle: Studie 6.168, S. 10

Bei der Beurteilung der Effizienz des Mitteleinsatzes sind vor allem die Fragen nach **Mitnahmeeffekten versus Hebeleffekten** der Förderungen sowie die Verteilung der Förderungen auf Unternehmenstypen zu analysieren. Die Evaluatoren kamen zum Schluss, dass besonders bei größeren Unternehmen die Gefahr von Mitnahmeeffekten nicht ausgeschlossen werden kann, es insgesamt aber doch zu einer beachtlichen Hebelwirkung kam. Allerdings zeigte die Förderung eher eine Stärkung bereits etablierter Bereiche, während eine Diversifizierung der geförderten Themen kaum erkennbar ist. Deshalb ist die Frage aufzuwerfen, ob das Potenzial innovativer Unternehmen durch stärkere Differenzierung der Förderung noch besser realisiert werden könnte, und weitere Unternehmen durch die erhöhte Fremdförderung für Innovationsaktivitäten gewonnen werden könnten.

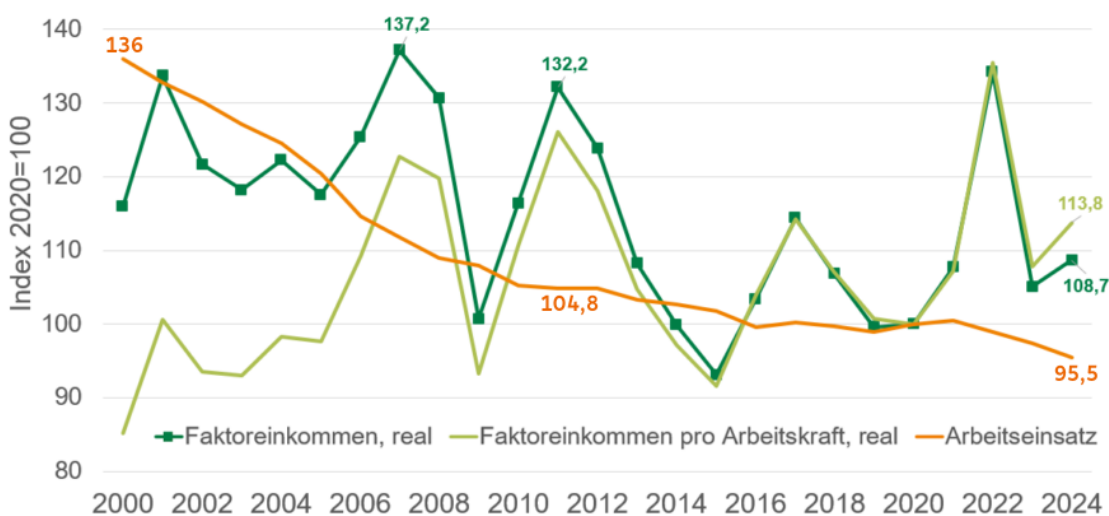
Insgesamt hat das Programm aber wesentliche Impulse für die Innovationskraft gerade von KMUs geboten, sodass eine Verlängerung des Programms angeraten wird. In der Folge wurde das FFG-Basisprogramm zwar verlängert, jedoch kam es auf Basis der

Evaluierungsergebnisse zu einer **Neugestaltung der Anschlussförderung** (Umstellung von Darlehen auf Zuschuss). Grund dafür waren die steigenden Verwaltungskosten und die geänderte Kostenstruktur der FFG für die Bundesländer. Weiters wird nunmehr maximal eine Förderung pro Unternehmen und Jahr gewährt.

Starke Landwirtschaft für Niederösterreich sichern

Der Grüne Bericht 2024 (Studie 5.1) gibt wie schon in den vergangenen Jahren einen umfassenden Überblick über die Situation der **Landwirtschaft** in Niederösterreich. Die **wirtschaftliche Entwicklung** hat sich im Jahr 2024 etwas verbessert. Nach starken Verlusten im Jahr 2023 kam es 2024 zu einer moderaten Aufwärtsentwicklung der Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in Österreich. Gemäß Vorausschätzung der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung erhöhte sich das **landwirtschaftliche Faktoreinkommen** je Jahresarbeitseinheit real um 5,5 % gegenüber dem Vorjahr (2023: -20,4 %). Für den Nettounternehmensgewinn je nicht entlohnter Jahresarbeitseinheit wurde ein realer Zuwachs von 5,6 % ermittelt (2023: -29,1 %). Die 2024 erzielten Agrareinkommen lagen dennoch erheblich unter den Spitzenwerten des Jahres 2022 (siehe folgende Abbildung).

Entwicklung des landwirtschaftlichen Faktoreinkommens sowie des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes



Quelle: Statistik Austria, LGR 2. Vorschätzung April 2025

Quelle: Studie 5.1, S. 30

Im Bericht wird auch auf einzelne Themenbereiche der Initiative „Mein Land denkt an morgen“ eingegangen. So wird im Bereich des **Wasserbaus** ein Überblick über die Aktivitäten in den Bereichen Bewässerung, Entwässerung, Erosionsschutz und Wasserrückhalt sowie Feuchtbiotope gegeben. Weiters werden zahlreiche Bildungsinitiativen im landwirtschaftlichen Bereich dokumentiert, ein spezifischer Ausweis von **Weiterbildungen im Bereich der Digitalisierung** wäre dabei noch wünschenswert.

Durch die Darstellung der verschiedenen Fördermaßnahmen im Bereich des Umweltprogramms ÖPUL wird ein kompakter Überblick über Maßnahmen zur Unterstützung der **biodiversitätsfördernden Bewirtschaftung** gegeben. Mehr als 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe nehmen an ÖPUL teil. Damit wird auch ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet (Studie 5.1, S.44).

Eine wesentliche Rolle strategischer Natur spielt auch der **hohe Selbstversorgungsgrad**, der durch die landwirtschaftliche Produktion ermöglicht wird. Im Jahr 2024 erzeugten die niederösterreichischen Bäuerinnen und Bauern Nahrungsmittel mit einem Gehalt von rund 5.500 Mrd. Kilokalorien. Die DACH-Referenzwerte (2015) empfehlen bei sitzender Tätigkeit mit leichter Bewegung für Frauen eine tägliche Energiezufuhr von 1.800 kcal und für Männer von 2.300 kcal. Bei einem mittleren Pro-Kopf-Tagesverbrauch von rund 2.050 kcal hätte die niederösterreichische Agrarproduktion im Jahr 2024 für die Ernährung von über 7,4 Mio. Menschen ausgereicht (Studie 5.1, S. 11).

Eine Reihe von **landwirtschaftlichen Förderungen** sind im Zusammenhang mit der Initiative „Mein Land denkt an morgen“ besonders erwähnenswert. Dazu zählen beispielsweise (Studie 5.6, LF 3):

- Die Förderung von Investitionen in landwirtschaftliche Erzeugung verbessert die Produktionsbedingungen, das Tierwohl und schafft Anreize für die Veredlung von heimischen Produkten.
- Das Agrarumweltprogramm ÖPUL finanziert Leistungen im Bereich Tierwohl, Biodiversitätsförderung, Klimaschutz, Biologische Produktion, sorgsamer Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.
- Sowohl die Förderung von Investitionen in landwirtschaftliche Erzeugung als auch das Agrarumweltprogramm ÖPUL umfassen Maßnahmen zum sorgsamem Umgang mit der Ressource Wasser in der Landwirtschaft.
- Die Maßnahmen zur Ländlichen Verkehrsinfrastruktur erfolgen ua. aus dem Programm Ländliche Entwicklung. Die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (AZ) dient der Aufrechterhaltung der Landbewirtschaftung in Gebieten mit Produktionsnachteilen (z.B. äußere und innere Verkehrslage, Höhenlage, oä.)

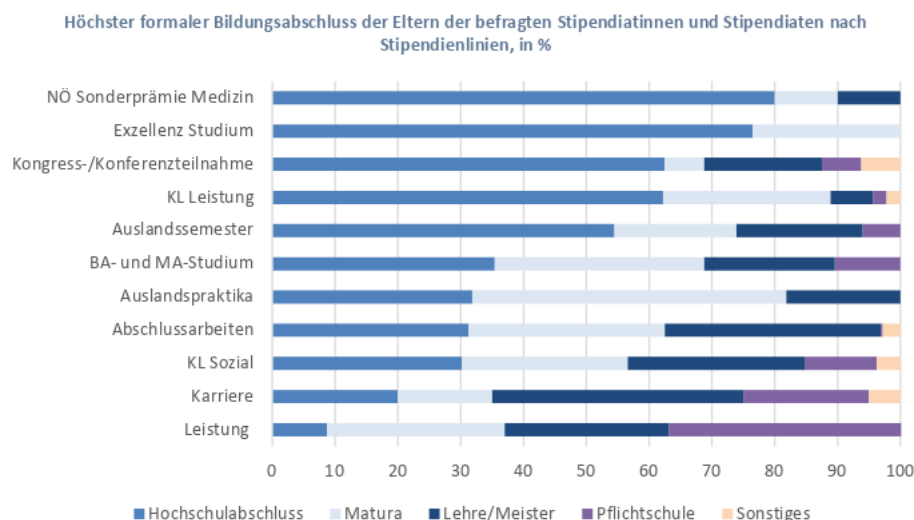
Unsere blau-gelbe Zukunft bilden

Niederösterreich stellt eine Vielzahl von Stipendien zur Verfügung, die im Rahmen einer Neustrukturierung im Jahr 2019 an die Strategien des Landes NÖ, insbesondere die Hochschul-, sowie die Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie (FTI-Strategie), angepasst und auf Komplementarität mit relevanten nationalen Förderungen ausgerichtet wurden. Im Jahr 2025 erfolgte eine umfangreiche Evaluierung dieser Stipendien, die sich auf den Zeitraum Oktober 2021 bis Ende 2024 bezog (Studie 4.29).

Die Evaluierung umfasste alle **niederösterreichischen Landesstipendien**, welche von der Gesellschaft für Forschungsförderung (GFF) abgewickelt werden. Dazu zählen die Auslandsstipendien (Auslandssemester, Auslandspraktika, Bachelor-/Master-/PhD-

Studium im Ausland, Exzellenzstipendium Studium/Forschung sowie Kongress- und Konferenzteilnahme), die Qualifizierungsstipendien (Karriere-Stipendium und Frauen in die Technik), die medizinischen bzw. gesundheitswissenschaftlichen Stipendien (KL Sozial-/KL Leistungsstipendium, NÖ Sonderprämie Medizin und NÖ Landarztstipendium) sowie die weiteren Stipendien (Leistungsstipendium und Stipendium für akademische Abschlussarbeiten).

Die empirische Erhebung zeigte ein breit gestreutes Bild des sozialen Hintergrunds der Empfängerinnen und Empfänger von Stipendien. Insofern wurde ein wichtiges Ziel der Stipendien erreicht. Details können der folgenden Übersicht entnommen werden.



n=449²

Quelle: WPZ (2025). Befragung der Stipendiatinnen und Stipendiaten der NÖ Landesstipendien.

entnommen aus Studie 4.29, S. 6

Die Evaluation kommt zu einer Reihe von konkreten Verbesserungsvorschlägen zur Abwicklung und stärkeren Fokussierung der Stipendien. Dazu zählen z.B. eine Verstärkung der Sichtbarkeit und Bewerbung der Stipendien, mehr Flexibilität, teilweise eine Vorverlegung der Auszahlungszeitpunkte, aber auch eine Konsolidierung und Verschlankeung der Stipendienstruktur.

Wissen schaffen für Niederösterreich

Die **FTI-Dissertationsförderung** des Landes Niederösterreich stellt seit dem Jahr 2016 ein zentrales Instrument zur Stärkung der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung sowie zur strategischen Weiterentwicklung des Forschungsstandorts Niederösterreich dar. Im Rahmen des Programms wurden zwischen 2016 und 2023 insgesamt 127 Dissertationen mit rund 8,97 Mio. € gefördert. Die Fördermittel verteilten sich gleichmäßig auf die beiden Perioden 2016–2020 und 2021–2023, wobei in der aktuellen Förderperiode eine deutliche Zunahme an Einreichungen zu verzeichnen war (Studie 4.30, S.5).

Im Jahr 2025 erfolgte durch die WPZ Research GmbH eine umfassende **Evaluierung des Förderprogramms** (Studie 4.30). Demnach war die FTI - Förderung für die Mehrheit von Förderungsbezieherinnen und -bezieher von zentraler Bedeutung für ihre wissenschaft-

liche Qualifikation und ihre berufliche Entwicklung. Gleichzeitig zeigt sich aber auch eine strukturelle Herausforderung: In der ersten Förderperiode wurde beinahe jede fünfte Förderung abgebrochen, wohingegen in der aktuellen Periode die Abbruchquote bisher deutlich geringer ausfiel. Auffällig ist zudem die Diskrepanz zwischen dem Abschluss der Förderung und dem tatsächlichen Abschluss der Dissertation. Zum Zeitpunkt des Förderendes waren viele Arbeiten noch nicht fertiggestellt, ein Phänomen, das auch bei anderen Dissertationsförderungen beobachtet werden kann. Dies spricht dafür, längere und flexiblere Laufzeiten vorzusehen. Auch wird eine stärkere Berücksichtigung von **Forschungskooperationen** angeregt. Insgesamt stellt das Fördersystem jedenfalls eine wichtige Säule der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung in Niederösterreich dar.

FRAGE 3: WIE ORGANISIEREN WIR UNS MORGEN?

Blau-Gelbe digitale, dezentrale und bürgernahe Landesverwaltung

Seit dem Herbst 2024 läuft das groß angelegte Projekt der **Aufgabenanalyse der niederösterreichischen Landesverwaltung**, dessen Ziel die Hebung von Effizienzpotentialen und die Umsetzung von Innovationen in der Verwaltung, insbesondere auch in den Beziehungen zwischen den Bürgern und den Behörden, ist. Dabei sind schon im ersten Projektjahr bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Eine genauere Beschreibung des Projekts und eine Diskussion von Ausbaumöglichkeiten in der Zukunft erfolgt im Anhang ab S. 41ff.

Nachhaltige Raumplanung in Niederösterreich

Eine gute zusammenfassende Beschreibung der Lebenssituation in österreichischen Gemeinden bietet der vom WIFO für jede Gemeinde errechnete **Lebenssituationsindex**.³ Dieser beleuchtet die Lebensumstände auf kleinräumiger Ebene in den Wohngemeinden Österreichs. Dabei werden die auf die Lebensumstände einwirkenden Faktoren wie Einkommen, Erwerbsintensität, Alter und Qualifikation in einer Zahl gebündelt. Je höher der Indexwert ausfällt, desto günstiger ist die Lebenssituation in der Gemeinde. Die **höchsten Indexwerte** haben nach diesem Verfahren sehr oft **Ballungsräume**, auch in Niederösterreich. In den Regionen um die großen Städte Österreichs nimmt der Index hohe Werte an. Die Einwohnerinnen und Einwohner sind dort jünger, gebildeter und weisen eine hohe Erwerbsbeteiligung auf. Oft entscheidet

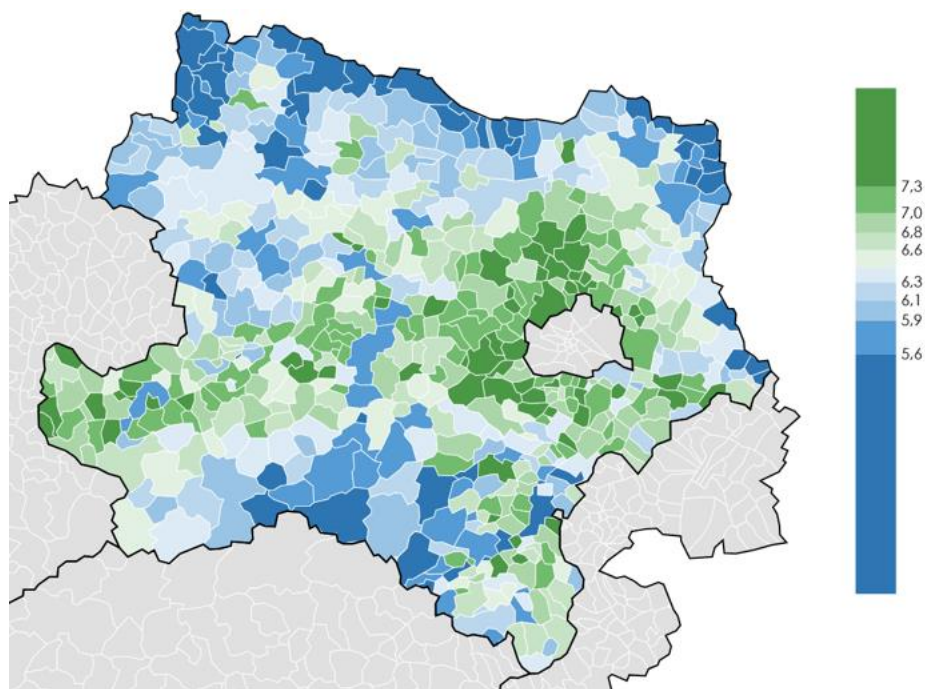
³ Vgl. zum folgenden die WIFO-Homepage und die dort gegebenen Erläuterungen.

[Lebenssituationsindex – WIFO](#)

das Einkommen darüber, ob sich eine Gemeinde ganz oben oder nur im oberen Mittelfeld der Skala befindet.

Das unterste Drittel der Gemeinden teilt sich hingegen aufgrund unterschiedlicher Effekte in zwei Gruppen. Ländliche Gemeinden erzielen vor allem aufgrund einer ungünstigen Bevölkerungsstruktur niedrige Werte im Index. Die Ballungszentren hingegen zeigen zwar gute Werte in Bezug auf die Bevölkerungsstruktur, doch niedriges Einkommen und eine geringere Erwerbsintegration verhindern höhere Platzierungen.

Die folgende Graphik illustriert die **Lebenssituation der niederösterreichischen Gemeinden** nach dem erwähnten Index. Die Unterschiede innerhalb des Bundeslands werden dabei sehr deutlich, sowohl die günstige Lebenssituation rund um Wien als auch die schlechter ausgewiesenen Regionen im Norden und Südwesten des Bundeslands.

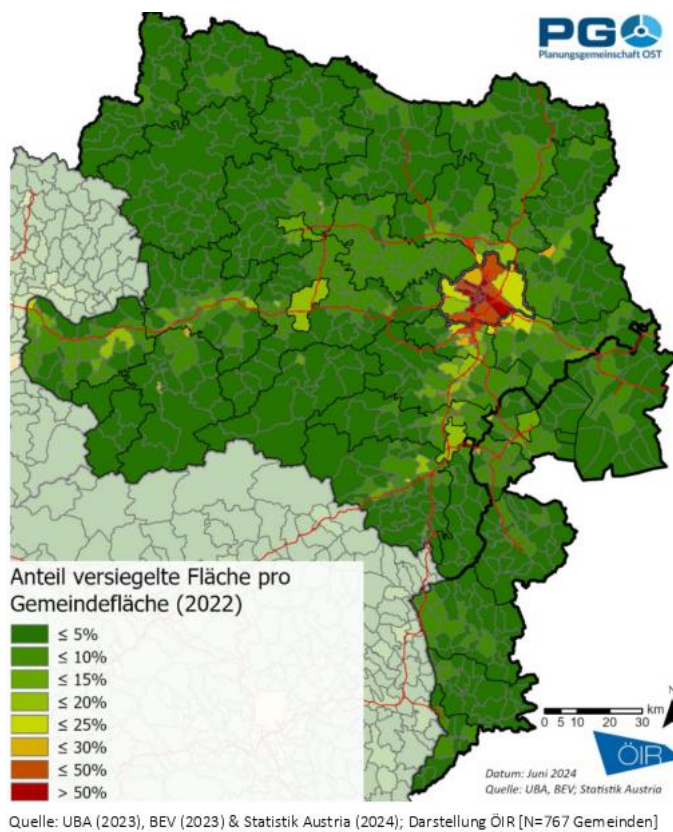


Quelle: WIFO-Lebenssituationsindex; Grün: Maximalwert, Blau: Minimalwert

Einen wesentlichen Teilaspekt der Raumplanung stellt die Frage der **Bodenversiegelung** dar, ein Thema, das auch in der Erhaltung einer gesunden Umwelt eine wichtige Rolle spielt. Eine Studie der Planungsgemeinschaft OST (Studie 8.98) hat dazu Ende 2024 neue und wichtige empirische Evidenz aufbereitet.

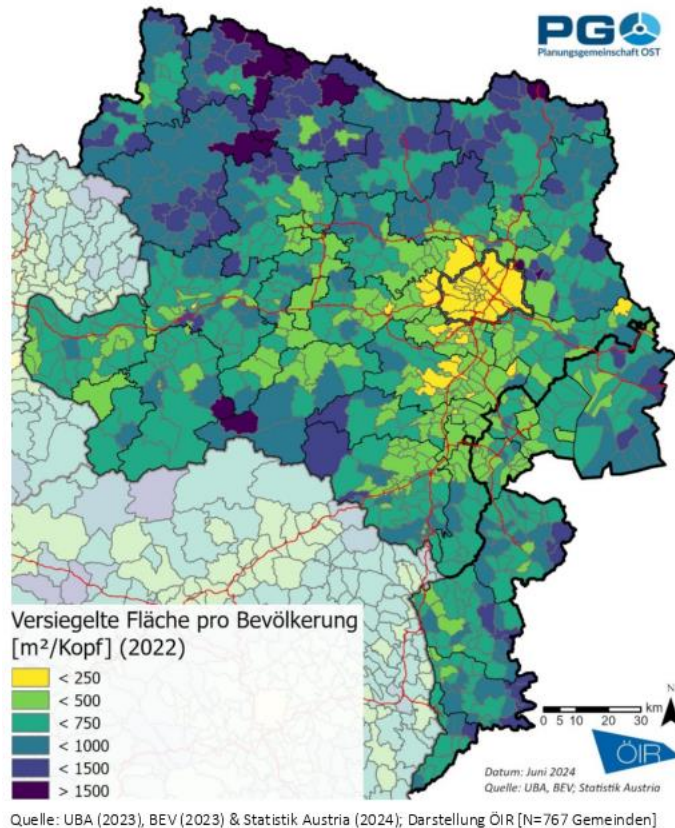
Nicht überraschend steht die Bodenversiegelung in einem engen Zusammenhang mit dem zentralräumlichen Charakter einer Region. Im Raumtypenvergleich zeigt sich, dass die **relative Flächeninanspruchnahme** umso höher ist, je urbaner der Raumtyp ist.

Gleichzeitig ist die **Nutzungsintensität** der in Anspruch genommenen Flächen umso geringer, je ländlicher der Raumtyp ist (siehe Karte 6 und Karte 7 unten).



Quelle: Studie 8.98, S. 15

Karte 7: Versiegelte Fläche pro Kopf



Quelle: Studie 8.98, S. 16

Für die Flächeninanspruchnahme sind drei **unterschiedliche Nutzungstypen** verantwortlich: Die Siedlungsflächen innerhalb der Baulandwidmung (Wohnnutzung, gemischte bauliche Nutzung, betriebliche Nutzung und sonstige bauliche Nutzung), Siedlungsflächen außerhalb von Baulandwidmungen (das sind bestehende Häuser oder Streusiedlungen im Grünland, Bauernhöfe und weitere landwirtschaftliche Gebäude) und die Verkehrsflächen (Autobahn und Schnellstraße, Landesstraße B+L, Gemeinde- und sonstige Straßen und Schiene). Dabei zeigt sich: Je urbaner der Raum, umso höher der Anteil der Siedlungsflächen, je ländlicher und peripherer, umso höher der Anteil der Verkehrsflächen.

Die hier erarbeitete Evidenz kann als Ausgangspunkt für einen Vergleich der Bodenversiegelung in den nächsten Jahren verwendet werden. Eine periodische Wiederholung einschlägiger Studien ist daher zu empfehlen.

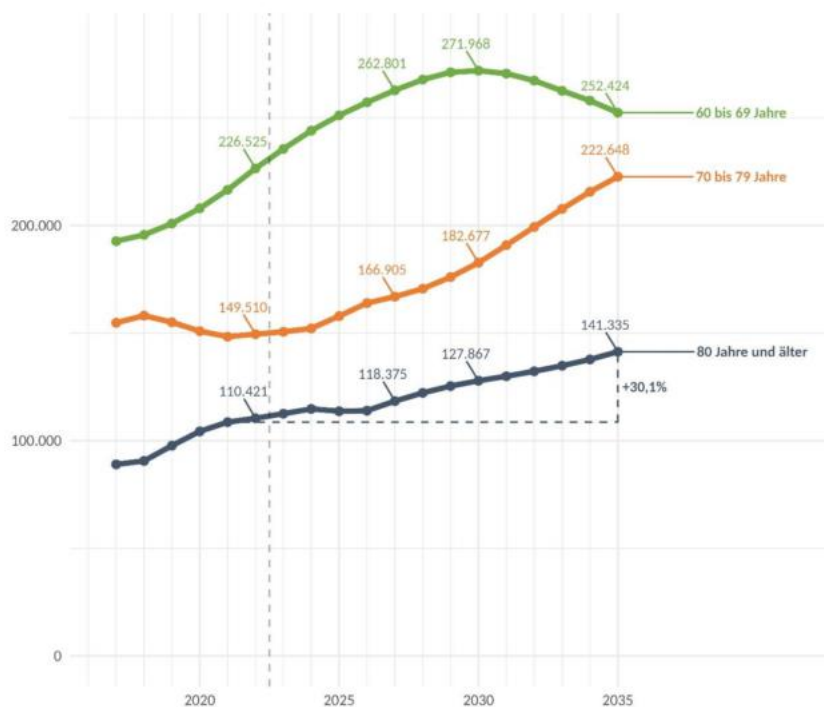
FRAGE 4: WORAUF ACHTEN WIR MORGEN?

Ein Land für alle Generationen

Der Wohlstand der Bevölkerung ist wesentlich durch die Lebenssituation der einzelnen Generationen bestimmt. Aufgrund der wachsenden Zahl älterer Menschen ist dabei der Lage der älteren Generation besonderes Augenmerk zu widmen. Im Berichtszeitraum

wurde der „**Altersalmanach 2024**“ (Studie 9.4) erarbeitet, der zur Situation älterer Menschen wesentliche empirische Evidenz dokumentiert und auch entsprechende Prognosen für die kommenden Jahrzehnte erarbeitet. Das Dokument beschreibt den derzeitigen Bedarf an Pflege- und Betreuungsdienstleistungen in Niederösterreich und erstellt eine Prognose über die Entwicklung des Pflegebedarfs auf Basis der demographischen und gesundheitlichen Entwicklung.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der höheren Altersgruppen im Zeitverlauf (2017-2035)



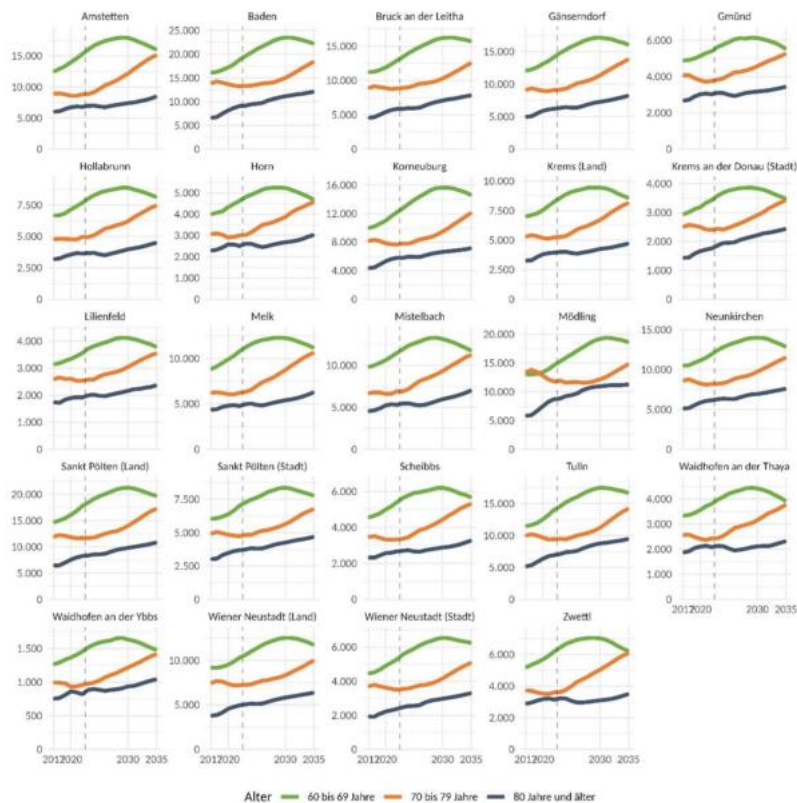
Quelle: Statistik Austria STATcube (2017-2022), adaptierte ÖROK Prognose 2021 (2023-2035) - eigene Berechnung u. Darstellung

Quelle: Studie 9.4., S. 23

Abbildung 2 illustriert den **demographischen Wandel** in Niederösterreich, insbesondere das starke Wachstum der Bevölkerung älter als 70 Jahre. Abbildung 3 unterstreicht darüber hinaus, dass diese Tendenz auch innerhalb des Landes – in verschiedenen Bezirken – ungleich verläuft, was bei der entsprechenden Planung von Versorgungsdiensten zu beachten ist.

Der **Bedarf nach Pflegeleistungen** wächst rasch mit dem fortschreitenden Alter eines Menschen, aber auch mit dem Geschlecht. Der besonders steile Anstieg beginnt etwa im Alter von 80 Jahren (Abbildung 7).

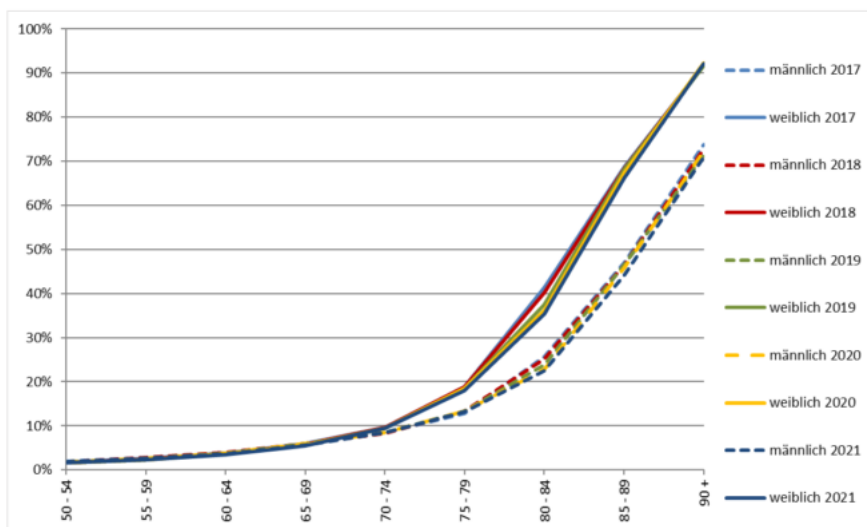
Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung der höheren Altersgruppen auf Bezirksebene (2017-2035)



Quelle: Adaptierte ÖROK Prognose 2021 - eigene Berechnung u. Darstellung¹

Quelle: Studie 9.4, S. 26

Abbildung 7: Altersspezifische Pflegebedarfsquoten nach Geschlecht, alle Pflegestufen



Quelle: Studie 9.4, S. 36

Die im Almanach abgeleiteten **Handlungsempfehlungen** sind essenziell und sollten die Arbeit der Landesregierung in den nächsten Jahren prägen – dies ist auch konsistent mit

den im Zukunftsreport formulierten Schwerpunkten. Im Einzelnen werden dabei folgende Themen genannt, die sich allerdings teilweise schon in Umsetzung befinden (Studie 9.4, S. 12f):

- Auf-/Ausbau der **Akutgeriatrie**
- Als zusätzliches oder alternatives Versorgungsangebot zur etablierten voll- und teilstationären geriatrischen Behandlung wird eine „**aufsuchende Akutgeriatrie**“ empfohlen.
- **Betreutes Wohnen** als Teil des Pflegeversorgungssystems
- **Caring Community**: Aufgrund des vermuteten Rückgangs der familiären Unterstützungsnetzwerke wird die Zukunft in der Förderung von nicht-familiärer Fürsorge oder aufsuchender Unterstützung gesehen. Dadurch soll ein längerer Verbleib zuhause, soziale Teilhabe und Selbstständigkeit im Alter ermöglicht werden
- **Schnittstelle Gesundheits- und Pflegesystem**: Potential haben in dieser Richtung Entlassungsmanagement und Übergangspflege.
- Ausbau von **Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige**

Gesundes Land Niederösterreich

Die Herausforderungen der Demographie, der Weiterentwicklung und Spezialisierung der Medizin und die drohende Kostenexplosion im Gesundheitswesen machen es notwendig, ein zukunftsorientierte Gesamtplanung des Gesundheitswesens für die kommenden Jahrzehnte zu erarbeiten. Die Landesregierung hat zu diesem Zweck eine Reihe von leitenden Prinzipien definiert, die die Basis des „**Niederösterreichischen Gesundheitspakts**“ sind, welcher von eine Expertengremium erarbeitet und von der Landesregierung zum Beschluss erhoben wurde (Studie 9.38).

Das Expertengremium hat Empfehlungen für Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung und strukturellen **Rekonfiguration der öffentlichen Gesundheitsversorgung**, der Spitäler, des Rettungswesens, der Ausbildungen und des niedergelassenen Bereichs, auch für die Planungen des Regionalen Strukturplans Gesundheit für Niederösterreich entwickelt.

Der abschließende Bericht fasst die Arbeiten und Ergebnisse des Expertengremiums zusammen und enthält die Empfehlungen für Rahmenbedingungen zur Entwicklung des Gesundheitswesens bis 2030 und ein darüberhinausgehendes Zielbild 2040+.

Die Leitprinzipien stellen sich wie folgt dar:

Die 7 Leitprinzipien und ihre Wirkung auf die Niederösterreichische Bevölkerung



Quelle: Studie 9.38, S. 13

Der Niederösterreichische Gesundheitspakt ist umfassend, aber auch sehr detailliert, weil er das Bild der Verteilung der verschiedenen Versorgungseinrichtungen in den kommenden Jahrzehnten genau beschreibt. Es ist naheliegend, dass dieses Bild in verschiedenen Regionen oder Orten auch **Ängste bzw. Widersprüche** auslöst. Nicht umsonst enthält der Bericht einen Hinweis auf mögliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung: „Das Expertengremium geht davon aus, dass eine Realisierung des NÖ Gesundheitspakts 2040+, insbesondere hinsichtlich der ersten Umsetzungen im Rahmen des RSG 2025/2030, jedenfalls einer konsequenten Governance und eines stringenten Monitorings im Rahmen einer Programmsteuerung bedarf.“ (Studie 9.38, S. 1)

Der Bericht kann hier nicht in der nötigen Vollständigkeit wiedergegeben werden. Als ein wichtiges Beispiel soll das Zukunftsbild der verschiedenen Versorgungseinheiten in verschiedenen Teilen des Landes bzw. in konkreten Orten oder Städten dargestellt werden: ⁴

⁴ Eine vollständige Liste aller Abkürzungen findet sich in Studie 9.38 auf den Seiten 72-78

Zielbild Gesundheitsstruktur 2040+, Standortübersicht NÖ (1/13)

Region	Standort	IST 2025		Zielbild 2040+					
		Akut-KA	SONDER-KA	Akut-KA			Klinik mit Sonderfunktionen	PVE	FAZ
				Klinik mit Grundversorgungsfunktionen	Klinik mit regionalen Schwerpunkt-funktionen	Klinik mit überregionalen Zentral-funktionen			
Mostviertel	Amstetten	x			x			bestehend	
	Mauer		x				x		
	Melk	x					x	bestehend	
	Scheibbs	x		x				x	
	Waidhofen/Ybbs	x		x				x	
NÖ Mitte	Klosterneuburg	x					x	x	
	Krems	x			x			x	
	Tulln	x			x			bestehend	
	St. Pölten	x				x		bestehend	
	Lilienfeld	x		x				x	
Thermenregion	Hainburg	x		x					
	Hochegg		x				x		
	Neunkirchen	x		x				x	
	Wr. Neustadt	x				x		bestehend	
	Baden	x			x			x	
	Mödling	x			x			x	
	Hinterbrühl		x				x		

Niederösterreichischer Gesundheitspakt
Gesund sein. Gesund werden. Gesund bleiben.

58

Region	Standort	IST 2025		Zielbild 2040+					
		Akut-KA	SONDER-KA	Akut-KA			Klinik mit Sonderfunktionen	PVE	FAZ
				Klinik mit Grundversorgungsfunktionen	Klinik mit regionalen Schwerpunkt-funktionen	Klinik mit überregionalen Zentral-funktionen			
Waldviertel	Horn	x			x			x	
	Allentsteig		x				x		
	Gmünd	x						x	x
	Waidhofen/Thaya	x					x	x	
	Zwettl	x			x			x	
Weinviertel	Hollabrunn	x						x	x
	Mistelbach	x			x			x	
	Gänserndorf		x					x	
	Korneuburg	x						x	
	Stockerau	x						x	
	Weinviertel Süd-West				x				

Quelle: Studie 9.38, S. 58f

Die Umsetzung des Gesundheitspakts wird das Gesundheitswesen in Niederösterreich auf eine völlig neue Basis stellen. Der Prozess der Verwirklichung verteilt sich über die nächsten 15 bis 20 Jahre und ist im **Niederösterreichischen Gesundheitsplan 2040** festgeschrieben. Dieser diente als wesentlicher Input für den **Regionalen Strukturplan NÖ 2030**, der im Dezember 2025 beschlossen wurde. Die darin enthaltenen Planungsvorgaben werden durch Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH verbindlich erklärt.

Abgesehen vom Großprojekt zur mittelfristigen Neuorganisation des Gesundheitswesens in Niederösterreich laufen im Berichtsjahr noch eine Reihe anderer Initiativen mit Gesundheitsrelevanz. Zwei davon seien kurz erwähnt.

Der **Sportbericht 2024** (Studie 6.180) liefert nicht nur eine Darstellung der verschiedenen Aktivitäten der Sportpolitik, sondern zeigt auch die strategischen Schwerpunkte der Folgejahre. „Es gilt mit Hilfe eines bedarfsgerechten Maßnahmensettings einen **aktiven Lebensstil** zu verankern sowie für ein Leben mit Sport und die Weitergabe dieser **Lebenseinstellung** von Generation zu Generation zu motivieren. Sport und Bewegung müssen im Bewusstsein der Bevölkerung als wesentlicher Teil eines positiven Lebenskonzeptes wahrgenommen werden. Idealerweise sollten dabei – insbesondere in Zeiten der knappen Budgets – zur Bündelung der Kräfte und Ressourcen und im Sinne der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit die Handlungsfelder und Schwerpunkte, von der Sportinfrastruktur (Stichwort Sportstättenoffensive) über den Breitensport (Stichwort Ausrollung der „Täglichen Bewegungseinheit“ für Kinder und Jugendliche bis 14 Jahre nach dem 3-Säulen-Modell) bis hin zum Leistungs- und Spitzensport (Stichwort Olympiazentren Austria, Bundesstützpunkte und Nachwuchsstützpunkte, Sportgroßveranstaltungen) zwischen den Ländern und vor allem zwischen den Ländern und dem Bund abgestimmt werden.“ (Studie 6.180, S. 104)

In Gesundheitsfragen laufen schon jetzt zahlreiche **Forschungs- und Bildungsinitiativen** des Landes zusammen. Einer der räumlichen Schwerpunkte dafür sind das Universitätsklinikum St. Pölten und die dort angesiedelte Schule für Gesundheits- und Krankenpflege. Wegen des schlechten Bauzustands der Schule, aber auch im Hinblick auf zusätzliche Raumerfordernisse steht nun ein Neubauprojekt für einen **Universitätsgesundheitscampus** („Campus Mühlweg“) zur Diskussion; dazu wurde eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die als Grundlage für die weiteren Schritte betrachtet werden kann. Als Projektkosten werden 180 Mio. Euro auf einer Preisbasis 2024 genannt (Studie 4.28). Der Campus würde rund 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Platz bieten, 1.230 Auszubildende wären davon betroffen. Eine Entscheidung über die Umsetzung ist in Vorbereitung.

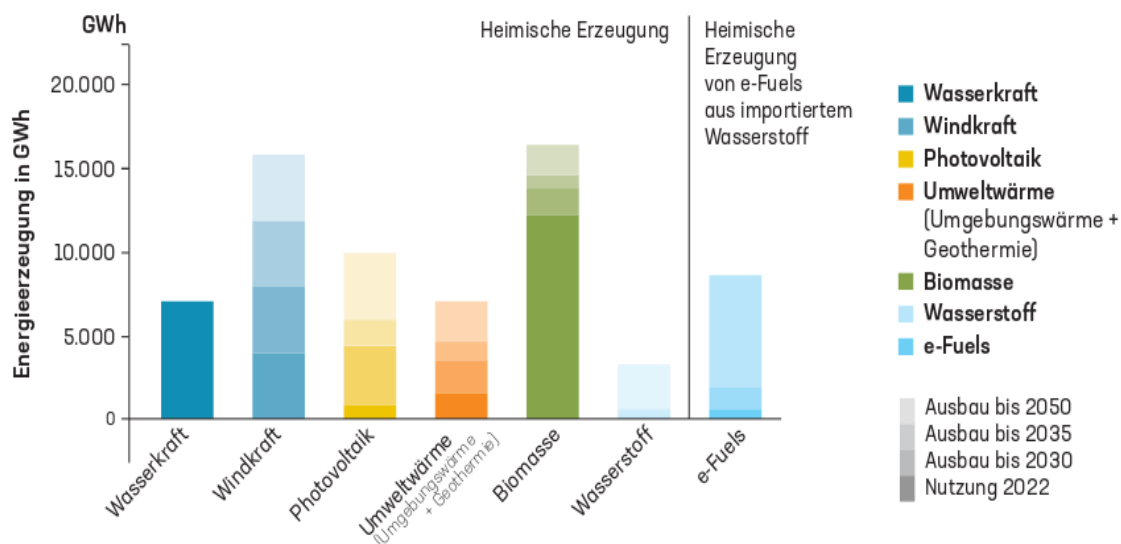
Unsere Umwelt schützen und Energie sichern

Der **Klima- und Energiefahrplan** des Landes Niederösterreich bis zum Jahr 2030 wurde ursprünglich im Jahr 2019 beschlossen. Aufgrund der weitreichenden Änderungen im energiepolitischen Bereich, insbesondere als Folge des Kriegs in der Ukraine, war es sinnvoll, den Plan einer **Aktualisierung** zu unterziehen und dabei die Zukunftsperspektiven noch weiter zu fassen (Studie 8.38). Die Überarbeitung betrifft die folgenden **Zieldimensionen**:

- Photovoltaik
- Windkraft
- Heizungen
- Green Jobs
- Zukunftsbild
- Vorgaben für den Nicht- Emissionshandel

Bezogen auf Niederösterreich kann der gegenwärtige Nachdenkstand anhand der Pläne für den Ausbau der **erneuerbaren Energie** illustriert werden:

Erneuerbare Erzeugung in Niederösterreich³



Quelle: Studie 8.38, S.5

Ergänzend zu diesen Ausbauplänen ist ein **Strominfrastrukturplan** zu erstellen. Dadurch wird sichergestellt, dass neue Stromproduzenten und -verbraucher nachhaltig in die niederösterreichischen Energienetze integriert werden. Auch Speichertechnologien werden dabei eine wichtige Rolle spielen.

Um die notwendigen Maßnahmen zur Realisierung der formulierten Ziele darzustellen, wurden entsprechende **Szenarien für das Update des niederösterreichischen Klima- und Energiefahrplans** erarbeitet. Diese beschreiben auf der Handlungsebene den denkbaren Weg in die Zukunft (Studie 8.38). Ausgehend von einem Referenzszenario, das die aktuellen Entwicklungen abbildet, wurde ein Energiewendeszenario erstellt, das eine weitgehende Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2050 erreicht und damit dem Ziel der Klimaneutralität Rechnung trägt.

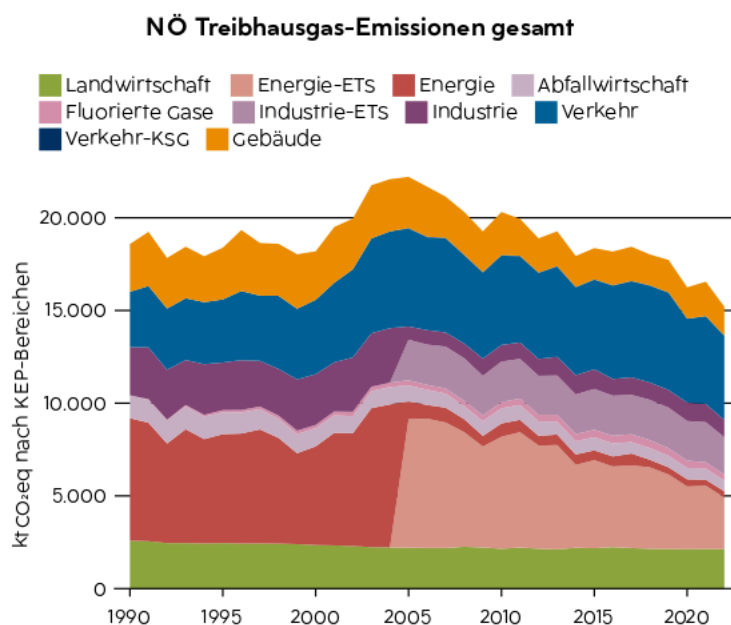
Für jedes Szenario wurde die Entwicklung von Energiebedarf, Energieaufbringung und Treibhausgasen in Anlehnung an die Sektoren der Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur berechnet. Darüber hinaus wurden die wesentlichen Hebel zur Erreichung der Treibhausgas-Reduktionen identifiziert und beschrieben. Die Österreichische Energieagentur – Austrian Energy Agency (im Folgenden „AEA“ genannt) wurde mit der Erstellung der Szenarien und der Abschätzung der wesentlichen Handlungsfelder zur

weitgehenden Reduktion der Treibhausgasemissionen beauftragt (Studie 8.38, S. 1). In den Szenarien werden die Sektoren

- Verkehr
- Gebäude - Industrie – Landwirtschaft, sowie
- Erneuerbare Aufbringung, Verbrauch Sektor Energie und Nichtenergetischer Verbrauch

getrennt dargestellt. Auf diese Weise existieren nunmehr für Niederösterreich klare Zukunftsbilder für die Energie- und Klimapolitik.

Ergänzend dazu liegt nunmehr ein umfassender **Statusbericht für das Jahr 2024** vor (Studie 8.39). Dieser gibt einen vollständigen Überblick über die relevanten Variablen. Als Beispiel soll die Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Niederösterreich dargestellt werden.



Quelle: Studie 8.39, S. 60

Die Neufassung der zentralen Planungsdokumente in den Bereichen Klima und Energie dokumentiert die wichtigste umweltpolitische Entwicklung im Berichtszeitraum. Davon abgesehen wurden noch eine größere Zahl von Spezialstudien zu Teilaspekten dieses wichtigen Bereichs der Initiative „Mein Land denkt an morgen“ erarbeitet, die in der Folge noch kurz referiert werden sollen.

Schon im letzten Jahresbericht wurde die Thematik einer **nachhaltigen Energieversorgung** in Niederösterreich angeschnitten. So wurde bereits im Jahre 2022 vom Institut für Industrielle Ökologie ein hohes ungenutztes Potential zur Gewinnung von Biomethan identifiziert (Studie 6.140). Anfang 2025 hat nun ECONOMICA eine

Kurzanalyse zu den **volkswirtschaftlichen Auswirkungen** eines stärkeren Einsatzes von **Biomethan** vorgelegt (Studie 6.169).

Beim geplanten mittelfristigen Ausbau bis 2030 würden 22 zusätzliche Anlagen mit einer Gesamtproduktion von 1.232 GWH erstellt, was einem Investitionsvolumen von Euro 236,5 Mio. entsprechen würde. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Investition schätzt ECONOMICA auf 1.719 zusätzliche Arbeitsplätze nur aufgrund der Erstellung der Anlagen. Dazu kämen noch die Effekte des laufenden Betriebs, die auch nicht zu unterschätzen sind.

Ein wesentlicher Baustein für die Umsetzung der Energiewende in Österreich ist das Verhalten der Haushalte hinsichtlich der Steigerung ihrer Energieeffizienz, insbesondere durch Umstellung ihres Heizungssystems. In der umweltpolitischen Diskussion wurde immer wieder die Vermutung geäußert, dass zahlreiche Haushalte dieses Thema von sich aus nicht überlegen, sei es aus Unwissen über konkrete Möglichkeiten, sei es aus (tatsächlichem oder vermutetem) Mangel an finanziellen Mitteln, einschlägige Initiativen zu finanzieren.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2024 ein **Testprojekt „Klima Fitness Check“** gestartet (Studie 2.58). Dessen Grundidee war es, mit Hilfe von Rauchfangkehrerbetrieben Haushalte zu identifizieren, bei denen durch Heizungstausch oder andere Maßnahmen der thermischen Sanierung beträchtliche Einsparungen beim Energieverbrauch erzielbar sein könnten. Die Rauchfangkehrer sprachen in einem mehrstufigen Prozess die Haushalte an, gaben Informationen und initiierten dadurch einen Nachdenk- und Entscheidungsprozess bei den Haushalten.

In der ersten Stufe wurden 235 Haushalte besucht, von denen 144 grundsätzliches Interesse an der Problematik zeigten. In einer zweiten Stufe konnte immer noch bei 65 Haushalten sehr konkretes Interesse festgestellt und die Erlaubnis zu weiterer Kontaktaufnahme eingeholt werden. Von den erwähnten 65 Haushalten entschieden sich letztlich 26 Haushalte (40 %) für eine Sanierung, wobei insgesamt 35 konkrete Maßnahmen gesetzt wurden (Erneuerung von Dach, Fenster, Dämmung oder Heizung). Insgesamt konnte eine Sanierungsrate von 11,06 % (vergl. zur Gesamtzahl von 235 HH.) erzielt und eine Senkung der Umweltkosten von ca. Euro 127.000, - pro Jahr erreicht werden.

Das Ergebnis sollte auch aus einer quantitativen Perspektive nicht unterschätzt werden (vgl. dazu Studie 2.58, S. 6). Im Land Niederösterreich gibt es ca. 540.000 Ein- und Zweifamilienhäuser. Legt man den Bundesschnitt zugrunde, kann man von rund 210.000 Häusern mit Sanierungsbedarf ausgehen. In der engeren Zielgruppe (das bedeutet Personen, die über herkömmliche Methoden besonders schwer anzusprechen sind) ging die Studie von einer Zielgruppe von mindestens 70.000 Haushalten aus.

Im Rahmen des Testprojekts konnte die bisher **übliche Sanierungsrate** von Einfamilienhäusern um mehr als das 10-fache **gesteigert werden** (von 0,7 % p.A. auf 11 %). Ob die Studie mit ihrer Schlussfolgerung richtig liegt, wonach sich in einer großflächigen Ausrollung der Aktion über ganz Niederösterreich die Transformation leicht über 20 % steigern ließe, kann hier nicht beurteilt werden. Allerdings steht fest,

dass durch das konkrete Ansprechen von Haushalten und die Bereitstellung einschlägiger Beratungen die thermische Sanierung in privaten Haushalten ganz **wesentliche Impulse** bekommen könnte.

Ein immer wichtiger werdendes Thema, das vordergründig im Umweltschutz angesiedelt ist, de facto aber die weitere Existenz der Landwirtschaft an sich und die Sicherung der Lebensmittelversorgung im Lande im Fokus hat, ist die weitere **Entwicklung der Wasserversorgung**. Wie im **Memorandum of Understanding (MoU)** der Länder Niederösterreich, Burgenland und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft aus dem September 2024 festgehalten ist (Studie 7.8), zählt der Nordosten Österreichs zu den niederschlagsärmsten Regionen des Landes. Zunehmende Trockenperioden und steigende Lufttemperaturen lassen einen Rückgang der Grundwasserneubildung erwarten. Die in Klimaprognosen dargestellte Veränderung des Niederschlagsverhaltens sowie die Zunahme von Hitzeperioden und die dadurch verursachte erhöhte Verdunstung lassen auf eine geringere Grundwasserneubildung schließen. Es geht daher um vorbeugende Maßnahmen zur **Sicherung der Trinkwasserversorgung**, aber auch um die Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen.

Aus diesen Gründen verständigten sich die genannten Partner auf die Unterstützung der Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an die veränderten klimatischen Bedingungen, unter anderem durch Bewässerungssysteme, sowie generell auf den Ausbau einer **überregionalen Wasserinfrastruktur**. Als erstes überregionales Projekt soll die Zuleitung von Donauwasser in die Ostregion in Niederösterreich südlich der Donau und in das nördliche Burgenland im Rahmen einer Machbarkeitsstudie gemeinsam entwickelt werden.

Die durch das MoU initiierte Vorgangsweise greift eine der wichtigsten Zukunftsfragen des Landes auf. Denn die Problematik hat sich in den letzten Jahren deutlich verstärkt und Lösungen können nur längerfristig geschaffen werden. Das Thema ist somit ein besonders geeignetes Beispiel für die Haltung „Mein Land denkt an morgen“.

Bei der Sicherung der Wasserversorgung in Niederösterreich muss auch auf die Landesteile abseits des Nordostens geachtet werden. Umso mehr, als im Jahre 2022 im **südlichen Niederösterreich** ein beachtlicher Rückgang bei den **Quellschüttungen** und beim **Grundwasserspiegel** zu beobachten war und das Land rechtzeitig auf allfällige Reaktionen vorbereitet sein muss. Aus diesem Grund hat Geosphere Austria im Jahr 2024 eine ausführliche Analyse des Wasserangebots der Quellen und Brunnen im südlichen Niederösterreich vorgelegt (Studie 7.9). Darin wird auch ein Ausbau des bestehenden Monitoringsystems angeregt, um frühzeitig auf problematische Entwicklungen reagieren zu können.

Der zunehmenden Bedeutung der Wasserwirtschaft im Dienst der Sicherung des Wohlstands der niederösterreichischen Bevölkerung wird durch ein umfassendes Dokumentations- und Strategiepapier der Abteilung für Wasserwirtschaft aus dem Jahr 2025 Rechnung getragen (Studie 7.7). Dieses basiert auf den **Zielen der niederösterreichischen Wasserwirtschaft**:

- Sorgsamer und nachhaltiger Umgang mit Wasser als Lebensgrundlage für die Zukunft
- Nachhaltige Sicherung der Trinkwasserversorgung
- Flächenhafte Sammlung und Reinigung der Abwässer - für einen umfassenden Gewässerschutz
- konsequenter Ausbau des Hochwasserschutzes und Schutz vor Naturgefahren unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels
- Sicherung und Wiederherstellung der Gewässer als wertvolle Lebensräume
- Bewässerungswasser für heimische Landwirtschaft
- Regenwassermanagement - für einen klimafitten Wasserhaushalt
- Effizienter Energieeinsatz in der Siedlungswasserwirtschaft und vorrangige Nutzung erneuerbarer Energie

Besondere Relevanz hat dabei die **Niederösterreichische Wasserstrategie 2050**, die gemeinsam mit der Universität für Bodenkultur erstellt wurde. Für das Jahr 2050 wurden landesweite und regionale Prognosen erstellt. Die wichtigsten Elemente der Strategie sind (Studie 7.7, S.6):

- Niederösterreich wird auch zukünftig dank des überregionalen Ausgleichs seinen gesamten Trinkwasserbedarf aus Grundwasser abdecken können und wird nicht wie viele andere Regionen Europas auf aufbereitetes Flusswasser zurückgreifen müssen. Voraussetzung dafür ist es, die gut entwickelte Wasserinfrastruktur in NÖ zu erhalten und weiter auszubauen.
- Tiefengrundwässer sollen auch zukünftig frei von Nutzungen bleiben, um sie als strategische Reserve für die Trinkwasserversorgung zu erhalten

In der Initiative „Mein Land denkt an morgen“ nehmen die verschiedenen Dimensionen des Umweltschutzes und der Sicherung der Energieversorgung eine wichtige Stellung ein. Dabei wird unter anderem auf die Notwendigkeit des Ausbaus der **Kreislaufwirtschaft** hingewiesen.

Im Berichtszeitraum wurde eine detaillierte Analyse zur Neuorganisation und zum Ausbau der **Verwertung von Alttextilien** vorgelegt (Studie 8.96). Zwar wurde diese Arbeit aus einer gesamtösterreichischen Perspektive erstellt, dennoch lassen sich aus der Darstellung der verschiedenen Sammelkonzepte und den Empfehlungen zu einer Neuorientierung der Alttextilbewirtschaftung Schlussfolgerungen für Niederösterreich ziehen. So wird z.B. empfohlen, trotz einer Reihe von europäischen Vorgaben eine „österreichische Lösung“ für eine Erweiterung der nationalen Behandlungskapazitäten für die Sammlung, Sortierung und das Recycling von Alttextilien zu erarbeiten. Dies unter anderem deshalb, weil wichtige Prinzipien einer derartigen Strategie (wie z.B. die getrennte Sammlung von Alttextilien nach Re-Use und Re-Cycling) in Österreich bereits umgesetzt sind, europäisch aber noch nicht verpflichtend sind.

Ein empirisches Bild einer wichtigen Dimension des Umweltschutzes wird von der 2024 erschienenen **Bundesländerschadstoffinventur** gezeichnet (Studie 10.12). Als Hauptergebnisse für Niederösterreich können festgehalten werden (S.8):

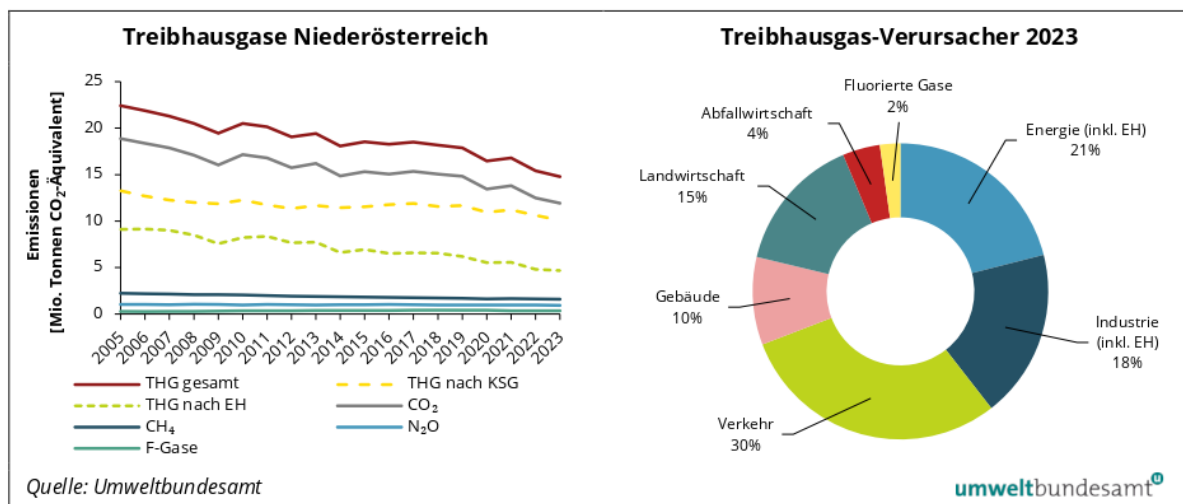
Die **Treibhausgas-Emissionen** nahmen zwischen 1990 und 2022 insgesamt um 18 % auf 15,2 Mio. t CO₂-Äquivalent ab. Im Jahr 2022 war das Emissionsniveau um 8,1 % niedriger als im Vorjahr. Die Hauptverursacher sind in Niederösterreich die Sektoren Verkehr, Energie und Industrie.

Der Sektor **Verkehr** ist Hauptverursacher der NO_x-Emissionen (Stickoxide), bei den NMVOC-Emissionen (organische Verbindungen ohne Methan) sind es die Landwirtschaft, der Kleinverbrauch und die Lösungsmittelanwendung). Die SO₂-Emissionen stammen überwiegend aus der **Industrie** und der **Energieversorgung**. Die NH₃-Emissionen (Ammoniak) haben ihren Ursprung fast zur Gänze in der **Landwirtschaft**.

Die **Feinstaub-Emissionen** nahmen bei PM 2,5 von 2000 bis 2022 um 41 % ab (PM10: -27 %).⁵ Im Vergleich zum Vorjahr 2021 war eine Reduktion der PM_{2,5}-Emissionen um 9,5 % festzustellen (PM10: -7,9 %). Die Hauptverursacher der Feinstaub-Emissionen sind die Sektoren Kleinverbrauch, Industrieproduktion, Landwirtschaft und Verkehr.

Die folgende Abbildung 3 zeigt die Belastungswerte optisch im Zeitablauf, wobei schon erste Ergebnisse aus dem Jahr 2023 eingearbeitet sind (Studie 10.20).

Abbildung 3: Treibhausgas-Emissionen Niederösterreichs gesamt und nach Gasen 2005–2023 und nach Sektoren.



Quelle: Studie 10.20, S. 14

Die bloße Darstellung der Emissionswerte gibt noch keinen hinreichenden Hinweis auf die Ursachen von beobachteten Veränderungen. In diesem Zusammenhang ist vor

⁵ Feinstaubemissionen sind die Freisetzung von winzigen, festen und flüssigen Partikeln in die Luft, die als PM (Particulate Matter) bezeichnet werden. Diese Partikel werden nach ihrer Größe unterschieden: PM10 (kleiner als 10 Mikrometer) ist mit bloßem Auge sichtbar, während PM_{2,5} (kleiner als 2,5 Mikrometer) als Feinstaub gilt und nur mit einem Mikroskop erkennbar ist. (Quelle: AI)

allem auf die wirtschaftliche Entwicklung im Beobachtungszeitraum hinzuweisen, die zweifellos einen dämpfenden Einfluss auf die Emissionen hatte.

Eine andere Dimension des Zustandsbilds der Umwelt in Niederösterreich bietet das Niederösterreichische Umweltbeobachtungs- und Informationssystem (NUMBIS), das unter anderem laufend Daten zur **Ozonbelastung** dokumentiert (Studie 10.18). Die nunmehr für das Jahr 2023 vorliegenden Ergebnisse werde dort wie folgt zusammengefasst:

	Trend
Grenzwertüberschreitungen der Informationsschwelle $180 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und des Zielwertes von $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$	abnehmend
Grenzwertüberschreitungen des Zielwertes von $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$	abnehmend
Jahresmittelwerte Ozon	gleichbleibend bis leicht ansteigend
Jahresmittelwerte Lufttemperatur	ansteigend
Anzahl Sommertage und Heiße Tage	ansteigend
Sonnenscheindauer	ansteigend
Jahresmittelwerte Stickoxide	stark abnehmend

Quelle: Studie 10.18, S. 20

„Eindeutig ist, dass die Anzahl der Grenzwertüberschreitungen der Informationsschwelle von $180 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und des Zielwertes von $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ in den letzten Jahren abgenommen hat. Die Jahresmittelwerte von Ozon bleiben hingegen auf einem stabilen Niveau über die Jahre hinweg bestehen. Entgegen dem abnehmenden Trend bei den Spitzenbelastungen bei Ozon nimmt die Sonnenscheindauer zu – eigentlich eine widersprüchliche Entwicklung, wenn man bedenkt, dass Sonnenstrahlung einen wesentlichen Einfluss auf die Ozonbildung hat. Dass die hohen Konzentrationen trotzdem zurückgegangen sind, liegt wahrscheinlich am starken Rückgang zumindest einer Vorläufersubstanz, nämlich Stickstoffoxid.“ (Studie 10.18, S.21)

Gemeinsam Sicherheit im Land schaffen

Sicherheitsfragen sind in Niederösterreich durch die Hochwasser der letzten Jahre in den Vordergrund der politischen Diskussion, aber auch des Bewusstseins der Bevölkerung getreten. Mit dem Landtagsbeschluss vom 17.11.2022 hatte Niederösterreich seine **Anstrengungen im Hochwassermanagement** bereits erhöht und die Finanzierung des Hochwasserschutzes für die Jahre 2024 bis 2040 sichergestellt. Mit diesem Hochwasserschutz-Ausbauprogramm wird bis 2040 in Niederösterreich ein Investitionsvolumen von über 1 Mrd. Euro ausgelöst (Landesanteil 290 Mio. Euro). Neben einer Vielzahl von kleineren Schutzprojekten werden insgesamt über 100 als prioritär eingestufte Hochwasserschutz-Kernprojekte umgesetzt. Nach den Erfahrungen und Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe vom September 2024 hat

Niederösterreich direkt reagiert und es wurden in den Jahren 2024 und 2025 annähernd 25 Mio. Euro an zusätzlichen Landesmitteln für unmittelbare Sanierungsprojekte und zur Forcierung des Ausbaues des Hochwasserschutzes aufgestellt.

Studie 7.11 dokumentiert die **konkreten Hochwasserprojekte** im Berichtsjahr. Im Jahr 2024 standen rund 40 Schutzprojekte in der Bauphase, es wurden Landesmittel von rund 27 Mio. Euro für den Hochwasserschutz zur Verfügung gestellt und damit Investitionen von rund 90 Mio. Euro ausgelöst. Im Jahr 2025 stehen Landesmittel von rd. 34 Mio. Euro zur Verfügung. Damit werden Investitionen von rd. 120 Mio. Euro ausgelöst.

Die klimatischen Veränderungen mit ihren schwerwiegenden Problemen etwa im Niederschlagsverhalten machen eine Reihe von Reaktionen einer vorausschauenden Umwelt- und Sicherheitspolitik nötig. Dabei kann es um sehr konkrete Detailthemen, wie z.B. die Reduktion von Feinsedimentanlagerungen in Gewässern, die sich als Folge von Starkregenereignissen bilden gehen (Studie 7.10).

Generell geht es um eine Neuorganisation bzw. Verbesserung der **Niederschlagswasserbewirtschaftung (NWB)**. Dazu wurde im Jahr 2024 eine umfassende Studie seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft vorgelegt. Darin wird das gesamte System der NWB als komplexes, integriertes System betrachtet, welches von einer Vielzahl unterschiedlicher technischer (z. B. dezentrale NWB-Anlagen), wie auch nicht technischer Subprozesse (natürliche und sozial-ökonomische Entwicklungen), beeinflusst wird. Daher kann nicht nur ein Teilsystem wie die zentrale Kanalisation bei der Analyse außergewöhnlicher Ereignisse betrachtet werden. Es muss vielmehr eine ganzheitliche integrierte Systemanalyse durchgeführt werden. Dies umfasst auch die Notwendigkeit eines systematischen und vorausschauenden Umgangs mit dem Verhalten von NWB-Anlagen im Versagensfall, durch ein geeignetes Störfall- bzw. Notfallmanagement, sowie geeignete Kommunikationsstrategien an die Bevölkerung zur Risikoprävention (Studie 7.12, S. 7).

Die Studie gibt einen breit gestreuten Überblick über die verschiedenen Systeme und ihr Management, einschließlich des Störungsmanagements, und ist daher auch für den Einsatz in Niederösterreich gut verwendbar.

Mitte **September 2024** war Niederösterreich von einem enormen **Hochwasserereignis** betroffen, das nahezu das gesamte Landesgebiet umfasste und großen Schaden anrichtete.

Bei der Auszahlungsstelle für die **Katastrophenbeihilfe** langten seit 18.9.2024 mehr als 23.000 Anträge ein, die einen Schaden von ca. 817 Mio. Euro umfassten. Für diese Schadensfälle wurde eine Beihilfesumme von rund 359 Mio. an die Betroffenen Privatpersonen, Gewerbebetriebe, landwirtschaftlichen Betriebe und Organisationen ausbezahlt (Studie 5.6 – LF3). Details der getroffenen Maßnahmen und der dahinterstehenden Aktivitäten können der Studie 5.7. entnommen werden. In Aktualisierung der erwähnten Studie steht in der Zwischenzeit nunmehr fest, dass für das erwähnte Hochwasser insgesamt 379,8 Mio. Euro an Beihilfen ausbezahlt wurden.

Die Erfahrungen aus der Hochwasserkatastrophe 2024 werden in einem eigenen Bericht (Studie 7.14) dokumentiert. Der Bericht enthält zahlreiche konkrete Empfehlungen in den Bereichen Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, Katastrophenschutz sowie Bau- und Raumordnungsrecht und beinhaltet technische und logistische Maßnahmen ebenso wie die Thematik der Eigenvorsorge.

Davon abgesehen werden die Erfahrungen genutzt, um die bestehende Förderrichtlinie zu modernisieren und die Abwicklung auf neue digitale Beine zu stellen. Unter anderem wird an einem **neuen Katastrophenbeihilfe-Abwicklungsprogramm** gearbeitet, das von der Meldung über die Erhebung des Schadens bis zur Bearbeitung des Schadensfalles digital und somit effizienter erfolgen soll.

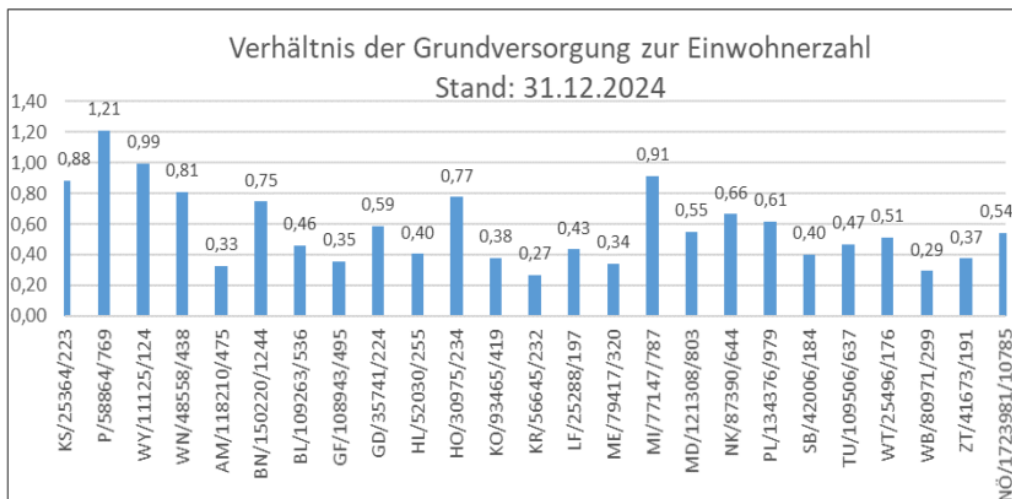
FRAGE 5: WER WOLLEN WIR MORGEN SEIN?

Niederösterreich für alle

Eine große Herausforderung für das Anliegen der **Gleichstellung, Diversität und Inklusion** war auch 2024 der Umgang mit Flüchtlingen bzw. Vertriebenen, insbesondere aus der Ukraine. Das integrationspolitische Ziel des Landes besteht darin, eine Zentrierung der Unterbringung von Vertriebenen auf einzelne Gemeinden im urbanen Bereich zu vermeiden. Zugleich soll damit auch die Integrationsbereitschaft der Leistungsbezieher gefördert werden (Studie 3.4, S.8).

Der Beginn des massiven Zustroms **ukrainischer Vertriebener** im Jahr 2022 stellte die in Niederösterreich eingerichtete Koordinationsstelle vor erhebliche Herausforderungen. Im Gegensatz zu anderen Personengruppen wurden viele dieser Vertriebenen nicht in zentralen Unterkünften untergebracht, sondern wählten eigenständig einen Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt. Dadurch war es ihnen möglich, ihren Aufenthaltsort frei zu wählen, was eine gleichmäßige regionale Verteilung erschwerte. In der Folge ließ sich ein erheblicher Anteil der ukrainischen Vertriebenen im erweiterten Umfeld des Ballungsraums Wien nieder. Besonders stark betroffen waren hierbei die politischen Bezirke Mödling, Baden, St. Pölten und Tulln.

Im Gegensatz dazu erfolgt die **Verteilung der übrigen ausländischen Leistungsbezieher** und -bezieherinnen weiterhin gemäß der Bevölkerungszahl der jeweiligen Verwaltungssprengel. Wie aus der folgenden Grafik ersichtlich ist, lag der Anteil an Personen in Grundversorgung in Niederösterreich im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung bei etwa 0,54 %. Dabei handelt es sich um vorläufige Daten.



Quelle: Studie 3.6, S. 9

Im Jänner 2024 erging der Auftrag der NÖ Landesregierung an die zuständige Fachabteilung, eine verstärkte **Umstellung von Bargeldleistungen auf Sachleistungen** zu prüfen. Ein durch die Bundesbeschaffung angebotenes Produkt sich als am besten für eine rasche Umsetzung im Land Niederösterreich eignete. Seit Frühjahr 2024 erfolgt an acht Standorten für etwa 100 Personen die Ausgabe der Karten. Das System wurde nach entsprechender Schulung der Quartierbetreiber gut angenommen und ohne nennenswerte Probleme umgesetzt (Studie 3.4, S.12).

Kultur im Land (er)leben

Im Berichtsjahr 2025 ist im Kulturbereich besonders das **landesweite Zeitgeschichtejahr** „Erinnern für die Zukunft“ hervorzuheben. Die Initiative war als Themenjahr konzipiert, das über klassische Gedenkakte hinausgeht und einen breiten gesellschaftlichen Dialog über zentrale Wendepunkte der jüngeren Geschichte eröffnete.

Im Mittelpunkt standen vier strukturprägende Erinnerungsjahre für Niederösterreich und Österreich: 1945, 1955, 1995 und 2005. Der Ansatz war explizit zukunftsorientiert: Aus dem Blick zurück sollten Handlungsimpulse für Demokratie, Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt gewonnen werden.

Der programmatische Kern – aus bewältigten Zeiten Kraft und demokratische Verantwortung zu gewinnen – ist eng anschlussfähig an soziale Praktiken wie **Nachbarschaftshilfe, Vereinsarbeit und freiwilliges Engagement**. Formate wie Erzählcafés, lokale Sammlungen oder schulische Projekte sind auf lokales Mittragen angewiesen: Bürgerinnen und Bürger stellen Objekte zur Verfügung, teilen Erinnerungen, unterstützen organisatorisch und schaffen Gesprächsräume.

Nachbarschaftshilfe erscheint damit nicht nur als soziale Unterstützungsleistung, sondern als kulturelle Infrastruktur des Miteinanders. Sie ermöglicht Teilhabe, stärkt lokale Bindungen und eröffnet niedrighschwellige Räume für Verständigung – gerade in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen.

ANHANG 1: ÜBERLEGUNGEN ZUR AUFGABEN-ANALYSE

Im letzten Jahresbericht wurde über das im Oktober 2024 gestartete große Projekt mit dem Titel „**Aufgabenkritik in der Niederösterreichischen Landesverwaltung**“ berichtet. Dieses steht im Dienst des im Rahmen der Initiative „Mein Land denkt an morgen“ formulierten Ziels einer digitalen, dezentralen und bürgernahen Landesverwaltung. Gleichzeitig sollte aber auch ein mittel- und längerfristiger Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen im Land geleistet werden, geht es doch um eine vollständige Durchleuchtung der Verwaltung mit dem Ziel der Effizienzsteigerung.

Wegen der großen Bedeutung dieses Vorhabens wird in diesem Anhang über die Ergebnisse des Vorhabens berichtet. Der folgende Bericht beruht auf den offiziellen Unterlagen, die zur Aufgabenanalyse in der Projektdatenbank zur Verfügung gestellt wurden. Es handelt sich daher nicht um eine umfassende Evaluation, sondern um eine Zusammenfassung von Projektverlauf und -ergebnissen sowie um eine Beschreibung offener Fragen und möglicher Weiterentwicklungen des Projekts.

Zielvorstellungen des Projekts

Im engeren Sinn wurden die **Ziele des Projekts** wie folgt definiert (Studie 1.20, S. 3):

- die Überprüfung *aller* Aufgaben und Arbeitsprozesse der NÖ Landesverwaltung auf ihre Notwendigkeit und Effizienz
- die Identifizierung und Initiierung von Einsparungs- und Optimierungsmöglichkeiten
- die Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen an die NÖ Landesregierung bis Ende 2025

Mit einem derart breit aufgestellten – und hinsichtlich des Prozesses auch extern begleiteten - Projekt ging die niederösterreichische Landesverwaltung neue Wege. Im Alltag von Politik und Verwaltung werden oft neue Aufgaben definiert, die dann den Verwaltungseinheiten zur Erledigung übertragen werden. Andererseits werden bestehende Routinen selten hinterfragt und auf ihre Notwendigkeit überprüft, was in der Regel zu einem Wachstum der Verwaltung, verbunden mit einer Steigerung des Bedarfs an Finanzen und Personal, führt.

Die vom Projekt **erfassten Organisationseinheiten** deckten mittels Vollerhebung der Aufgaben die in der Zentralverwaltung des Landes angesiedelten Abteilungen, die Bezirkshauptmannschaften, Straßenbauabteilungen, Gebietsbauämter, die NÖ

Agrarbezirksbehörde, sowie das NÖ Feuerwehr- und Sicherheitszentrum ab. Mit einer anderen Methodik wurden die Straßen- und Brückenmeistereien, sowie das Kindergartenwesen und die anderen Bildungseinrichtungen (einschließlich der Bildungsdirektion) erfasst.

Im Wesentlichen wurde in drei Schritten vorgegangen (Studie 1.20, S. 10ff):

- Bestandsaufnahme: **vollständige Erfassung aktueller Aufgaben** mittels Erhebungsbogen (Zeitaufwand, Personal, Finanzmittel, Gesetzliche Grundlagen etc.)
- **Quick Wins**: Identifizierung und Umsetzung von Aufgaben zur raschen Einsparung/Reduzierung/Optimierung
- **Detaillierte Analyse**: 15 Einzelprojekte (11 Gruppen- und 4 BH-Projekte) für alle Aufgaben und Prozesse hinsichtlich Einsparungs- oder Effizienzsteigerungspotential

Der Projektplan sah vor, dass im Frühjahr und im Sommer 2025 Zwischenberichte gelegt werden und die Landesregierung bzw. der Landtag im Herbst 2025 als Folge des Projekts Beschlüsse zu einer Verwaltungsreform fassen können. Dieser Plan wurde auch eingehalten.

Ergebnisse der Analysen

Aus dem ersten Zwischenbericht konnte ein Eindruck über den Umfang und den Detaillierungsgrad der Untersuchungen gewonnen werden (Studie 1.47).

Durch die Erhebungsbögen konnte ein **Bild sämtlicher Kernaufgaben** jeder Dienststelle gemeinsam mit den zugehörigen Budget- und Personalressourcen gezeichnet werden. Etwa 6.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren in die Erhebungen einbezogen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten die Möglichkeit, über die Dokumentation ihrer Arbeit hinaus Vorschläge zur Weiterentwicklung der Verwaltung vorzubringen. Dabei ging es sowohl um die Notwendigkeit und Effizienz von Aufgaben als auch um die Optimierung von Arbeitsabläufen und Organisationsstrukturen. Darüber hinaus wurden im kleinen Rahmen auch externe Stakeholder der Landesverwaltung nach Ideen für Verbesserungen in den Abläufen befragt.

Da sämtliche Bereiche der Verwaltung in die Untersuchung eingebunden waren - insgesamt wurden mehr **als 5000 Aufgaben im Detail analysiert** -, ergab sich ein sehr großer Umfang der gewonnenen Informationen. So wird im Projektbericht darauf verwiesen, dass etwa **1.500 Verbesserungspotentiale** zu den einzelnen Aufgabenbereichen identifiziert wurden. Diese hätten sich auf Themenbereiche wie Digitalisierung, Verfahrensbeschleunigung sowie die Reduktion oder Streichung bestimmter Aufgaben bezogen. Die Vorschläge enthielten sowohl *inhaltliche* Dimensionen, deren Umsetzung politische Entscheidungen nötig machen würde, als auch *prozedurale* Dimensionen, die sich mehr auf die Verwaltungspraxis bezogen.

Laut Zwischenbericht wurden die 1.500 Verbesserungspotentiale zunächst **auf etwa 180 Ideen „verdichtet“**. Bis zum Sommer 2025 wurde die Liste noch auf **190 Ideen** erweitert. Die Verdichtung erfolgte auf der Ebene der Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter. Die vorliegenden Dokumente geben keinen Hinweis darauf, nach welchen inhaltlichen oder prozeduralen Kriterien eine Aggregation vorgenommen wurde, doch lässt sich so eine Aufgabe nicht ohne Pragmatismus und Augenmaß lösen. Der Prozess der Informationsverdichtung ist in einem derart dimensionierten Projekt eine der größten Herausforderungen, ist doch Gefahr, wertvolle Informationen zu verlieren, groß. Allerdings gibt es zur Verdichtung keine Alternative.

Doch auch 180 (190) Ideen sind noch keine praktikable Basis für Entscheidungen zur Reform bzw. Weiterentwicklung der Verwaltung. Dazu braucht es eine neuerliche **Auswahlentscheidung zu angedachten Maßnahmen**, die in der 1. Projektphase unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie des Wirtschaftsstandorts an sich getroffen wurde. Diese Fokussierung ist ein politische Wertentscheidung; in der Zukunft können aus dem Material auch andere Maßnahmen abgeleitet werden, wenn ein anderer Schwerpunkt gewählt wird.

Als Ergebnis wurden **13 Maßnahmen identifiziert**:

- Koordinierter landesweiter Einsatz aller Sachverständigen; dies geht in der Praxis mit einer Abschaffung der fünf Gebietsbauämter einher
- Überprüfungsmanagement gewerblicher Betriebsanlagen
- Schulung neuer Mitarbeitender im Anlagenrecht
- Verfahrenskoordination in der Landesverwaltung
- Hinterfragen von Projektanforderungen
- Abschaffung des zweigliedrigen Instanzenzugs in Bauverfahren auf der Gemeindeebene
- Verstärkte Nutzung von Videokonferenzen und Schaffung von Online-Beratungsangeboten
- Effizientere Durchführung der Bausprechtage durch gezielte Reiseplanung
- Bündelung der Geldwäsche-Angelegenheiten
- Digitale Antragstellung und Einbringung von Projektunterlagen auf elektronischem Weg in allen Materiengesetzen prüfen
- Evaluierung einer Bündelung der Bauangelegenheiten
- Evaluierung des Aufgabenkatalogs der Amtsärztinnen und Amtsärzte
- Schaffung eines zentralen Vergabebereichs

Implikationen: Das Niederösterreichische Deregulierungsgesetz 2025 und weitere Vorgangsweise

Laut dem Zwischenbericht vom August 2025 wurden die dann 190 „Ideen“ den zuständigen Verwaltungseinheiten zur Prüfung bzw. zur Umsetzung übertragen (Studie

1.52). Dadurch erzielte das Projekt auch über die 13 politisch beschlossenen Maßnahmen hinaus eine beachtliche **Breitenwirkung innerhalb der Verwaltung**. Die faktischen Wirkungen müssen innerhalb eines plausiblen Zeitrahmens noch überprüft bzw. dokumentiert werden, weil es denkbar ist, dass sich nicht alle Ideen in der Praxis verwirklichen lassen.

Parallel zur inhaltlichen Bearbeitung der Ideen haben die Gruppenleitungen gemeinsam mit der Finanzabteilung eine erste Schätzung des durch die Umsetzung der Ideen erzielbaren Einsparungspotentials erarbeitet, wobei nur kurzfristig realisierbare Einsparungen in die Kalkulation einbezogen wurden (weil weder eine gesetzliche noch längerfristige vertragliche Verpflichtung der Umsetzung einer Maßnahme entgegensteht). Das **Gesamteinsparungspotential** wurde dabei ab dem Jahr 2027 auf **250 – 300 Mio. Euro** geschätzt. Das Land hat auch die politische Selbstverpflichtung formuliert, diesen Betrag im Budget 2027 aufgrund der getroffenen Maßnahmen einzusparen.

Abgesehen von der alltäglichen Verwaltungspraxis erfordert die Umsetzung der politisch beschlossenen Maßnahmen auch legislative Änderungen, sodass sich die Aufgabenreform auch in einer Vereinfachung des Landesrechts niederschlagen kann. Zu diesem Zweck wurde das „**Niederösterreichische Deregulierungsgesetz 2025**“ erarbeitet und im Oktober 2025 beschlossen. Dazu kam noch eine **Petition an die Bundesregierung**, mit der Verwaltungsvereinfachungen, deren Sinnhaftigkeit im Projekt erarbeitet wurden, auf der Ebene des Bundesrechts und des EU-Rechts angeregt wurden.

Mit dem Deregulierungsgesetz wurden insgesamt **33 Landesgesetze** vereinfacht, drei wurden überhaupt abgeschafft bzw. außer Kraft gesetzt. Prägnante **Beispiele** sind:

- die Abschaffung des zweigliedrigen Instanzenzuges im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde
- die vereinfachte elektronische Einbringung von Anbringen in allen Materiengesetzen
- die Aufhebung des Gesetzes über Jagd- und Fischereiaufseher und des Sammlungsgesetzes
- die Entbürokratisierung im NÖ Jagdgesetz
- im NÖ Grundverkehrsgesetz 2007: die Verkürzung der Verfahrensdauer für Anträge auf ausländergrundverkehrsbehördliche Genehmigung von Rechtserwerben, die berufliche Zwecke verfolgen, auf die Hälfte
- im NÖ Weinbaugesetz: Verlängerung der Antragsfrist für Wiederbepflanzungen im höchstmöglichen Ausmaß

Die Verabschiedung des Gesetzes stellt nicht das Ende des Projekts dar. Vielmehr wird weiterhin an einer Umsetzung der verschiedenen Ideen gearbeitet. Zunächst wird der Schwerpunkt auf der **Digitalisierung und Prozessanalyse** der Aufgaben in der Landesverwaltung liegen. Die Kernaufgaben der Landesverwaltung und die im Rahmen der Aufgabenreform eingebrachten Vorschläge werden im Hinblick auf Prozessoptimierung (etwa den Abbau von Doppelgleisigkeiten), Digitalisierbarkeit, Automatisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz analysiert und schrittweise

verbessert. Dies erfolgt unter der wissenschaftlichen Begleitung von Prof. Peter Parycek. Für das Jahr 2026 sind weitere Schwerpunkte geplant, bei denen auf Basis der 190 geäußerten Ideen konkrete Maßnahmen auf der Regierungsebene beschlossen werden sollen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung im Oktober 2025 einen **weiteren Katalog von 11 Maßnahmen** beschlossen, die in den nächsten Monaten geprüft werden sollen (Studie 1.59). Während im ersten Maßnahmenpaket im März 2025 Themen der Wirtschaft im Vordergrund standen, bezieht sich der zweite Maßnahmenkomplex vor allem auf interne Verwaltungsabläufe. Dies betrifft unter anderem

- die Evaluierung der Zweckmäßigkeit der BH-Außenstellen
- die Evaluierung einer Zentralisierung sämtlicher Wahlangelegenheiten
- die Abwicklung der Landesabgaben über ein einheitliches System
- die Evaluierung von Baubeiräten und der NÖ Ethikkommission
- die Bündelung von diversen Vollstreckungsverfahren

Das Ideenpotential der Aufgabenanalyse wird somit auch in Zukunft noch weiter genutzt, sodass auch in den kommenden Jahren weitere Reformen im Bereich der Landesverwaltung erwartet werden können.

Kritische Würdigung und mögliche Weiterentwicklungen

Die Niederösterreichische Landesregierung hat mit dem Projekt der Aufgabenanalyse ein Vorhaben gestartet, das als **Vorbild für andere Gebietskörperschaften** dienen könnte. In einer Zeit großer Budgetknappheiten ist es dringend nötig, im eigenen Wirkungsbereich Effizienzpotentiale der Verwaltung zu suchen und zu heben. Im Hinblick auf die hohe Abgabenbelastung in Österreich kann Budgetkonsolidierung nachhaltig nur von der Ausgabenseite betrieben werden, weil neue Steuern oder Steuererhöhungen die auseinanderklaffende Dynamik der Ausgaben- und Einnahmenentwicklungen nicht verringern können. Während in oberflächlichen politischen Diskussionen der öffentlichen Hand oft pauschal „Ineffizienz“ vorgeworfen wird, stellt eine ernsthafte Suche nach Verbesserung der Verwaltungseffizienz eine schwierige Aufgabe dar, die eine Analyse auf der Mikroebene erfordert.

Für Verbesserungen „im System“ muss eine verlässliche empirische Basis gefunden werden. Diese liefert Informationen darüber, welche **Verwaltungseinheit** exakt **welche Leistungen** erbringt, welche personellen und finanziellen Ressourcen damit verbunden sind und welche Ziele mit den Verwaltungsabläufen genau erreicht werden sollen. Dies kann nur geschehen, wenn man in die „**Tiefe der Details**“ der Verwaltung eindringt und die notwendigen Informationen auf diese Weise beschafft. Und genau dies ist der Ansatz, aber auch der Anspruch des Projekts der Aufgabenanalyse. Dieser Weg ist aufwendig und mutig.

Wenn – wie im Fall Niederösterreich - solcherart mehr als 5000 Verwaltungshandlungen dokumentiert werden, dann entsteht ein **Informationsvolumen**, dessen Beherrschung nicht einfach ist. Denn es geht ja nicht nur darum, viele Detailprozesse auszuwerten, sondern auch einen ausgewogenen Überblick über die Verbesserungsvorschläge zu erhalten, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von eingeladenen externen Stakeholdern gemacht worden sind. Der Erfolg eines solchen Projekts hängt unter anderem vom Engagement der Beteiligten ab, gleichzeitig ist dieses aber auch ein Problem. In Niederösterreich sind rund 1.500 Verbesserungspotentiale identifiziert worden, die in einer ersten Arbeitsphase auf 180 -190 konkrete Ideen „verdichtet“ wurden.

Dieser **Verdichtungsprozess** ist in mehrfacher Hinsicht kritisch. Einerseits muss eine Verdichtung erfolgen, weil sonst keine konkreten Maßnahmen deduziert werden können. Andererseits ist auch beim besten Willen zu Fairness und Ausgewogenheit jener Personen, die die Verdichtung vornehmen (im konkreten Fall die Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter des Amtes der Landesregierung), nicht auszuschließen, dass wichtige **Ideen verloren gehen** und nicht mehr weiterverfolgt werden. Ganz abgesehen davon, dass normative Elemente in die Auswahl eingehen (können), die von außen nicht erkennbar sind und die vielleicht auch nicht den politischen Präferenzen der legitimierten Entscheidungsträger entsprechen.

Deshalb könnte für eine spätere Projektphase eine Art „**Double-Check**“ des Verdichtungsprozesses überlegt werden. Dabei würde das Urmaterial einem externen Berater oder anderen Fachleuten, die nicht in die Auswahl involviert waren, zur Sichtung übergeben. Auf diese Weise könnten noch Ideen kreiert werden, die im Kreis der „Insider“ nicht formuliert wurden. Ein solcher Check wäre nicht zeitkritisch, da es vor allem darum ginge, auch noch anderen „Ideen“, die nicht berücksichtigt worden sind, eine Chance zum Durchbruch zu geben; nicht aber darum, bereits formulierte Ideen oder Maßnahmen in Frage zu stellen.

Naturgemäß geben die geäußerten Verbesserungspotentiale die Sichtweise jener Menschen wieder, die sie formulieren. Das klingt trivial, deutet aber auf einen Bias hin, der bei solchen Vorhaben zwangsläufig entsteht. Die „**Innensicht**“ von Angehörigen der Verwaltung übersieht manche Aspekte, die für Reformen relevant sein könnten. Dies kann schlicht Ausdruck von Gewohnheit sein, aber auch bewusst auf die Wahrnehmung von Eigeninteressen zurückzuführen sein.

Somit stellt sich für das Projekt die Frage, welche Rolle **externe Berater** spielen sollen. Im Projekt wurden diese zunächst als Unterstützung bei der Festlegung des Projektablaufs und bei der Formulierung der Erhebungsunterlagen einbezogen. Nachdem nun die umfangreichen Informationen zu Arbeitsabläufen und zu Verbesserungspotentialen vorliegen, könnte es sinnvoll sein, für spezielle Aspekte mehr in die Tiefe zu gehen und externe Fachleute auch zu einer **inhaltlichen Detailanalyse** einzuladen. Aktuell erfolgt dies bereits durch die Einbindung eines Fachmanns der Universität für Weiterbildung in Krems (Prof. Parycek), der Möglichkeiten zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen untersucht. Damit wird ein wichtiges **Querschnittsthema** abgedeckt. Komplementär dazu könnte es aber auch sinnvoll sein,

einzelne Arbeitsbereiche (Abteilungen, Gruppen, etc.) der Landesverwaltung inhaltlich unter Einbeziehung einer professionellen Außensicht genauer zu analysieren, wenn ein besonderes Reformpotential vermutet wird.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die detaillierten Beschreibungen von Arbeitsabläufen bzw. Ressourcenanforderungen noch keine **Aussage über die Effizienz bzw. Effektivität** der erfassten Tätigkeiten beinhalten. Hinweise auf Potentiale zur Produktivitätssteigerung mögen zwar im Rahmen der 1500 Verbesserungspotentiale von den Betroffenen gegeben worden sein, doch muss dies keineswegs der Fall sein. Hier kommt wieder die Rolle der Außensicht ins Spiel. Nicht nur hinsichtlich der Nutzung neuer technologischer Möglichkeiten zur Gestaltung der Arbeitsabläufe, sondern auch generell durch **Benchmarking-Analysen**, bei denen z.B. die Relation von Arbeitsvolumen zu Personaleinsatz mit vergleichbaren Abteilungen (z.B. in anderen Landesregierungen) verglichen werden, könnten zusätzliche Einsichten gewonnen werden.

Die von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmenkataloge und das Niederösterreichische Deregulierungsgesetz belegen, dass das Projekt schon innerhalb kurzer Zeit beachtliche Wirkungen hervorgebracht hat. Dabei wurden die „**Quick Wins**“ der Aufgabenanalyse identifiziert und auch gehoben, was als Erfolg gewertet werden kann. Denn selbstverständlich ist auch die Hebung dieses Potentials nicht.

Gleichzeitig ist es schwierig, den **längerfristigen Impact des Projekts** abzuschätzen bzw. eine Einschätzung der Größenordnung der Projektwirkungen zu geben. So kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht festgestellt werden, welche Auswirkungen die Weitergabe der 180 (190) Ideen an die Dienststellen in der Landesverwaltung haben wird. Daher sollten in periodischen Abständen (etwa jährlich) die Leitungen der Dienststellen zu einer **Rückmeldung zur Umsetzung der Ideen** aufgefordert werden. Die Ideen würden dann gleichsam als Arbeitsprogramm zur Verwaltungsreform fungieren. Es wäre wichtig, sowohl die Umsetzung von Ideen zu dokumentieren als auch die Gründe für die Nicht-Umsetzung klarzustellen. Die gesammelten Reaktionen könnten dazu dienen, eine Art **permanenten Reformprozess** in der Verwaltung einzuleiten.

Auch in finanzieller Hinsicht hat das Projekt hohe Relevanz. Die Festlegung von Einsparungen in der Größenordnung von bis zu 300 Mio. Euro ab dem Jahr 2027 stellt eine politische Selbstverpflichtung dar. Gemessen an einem Gesamtausgabenniveau des Landes von rund 10 Mrd. Euro jährlich klingt die **Höhe des Einsparungsvolumens** auf den ersten Blick nicht besonders herausfordernd. Privatwirtschaftliche Unternehmen brüsten sich häufig damit, mehr als die im Land erreichten 3% pro Jahr durch Rationalisierungen einsparen zu können. Andererseits sollen die Einsparungen realisiert werden, ohne Leistungen des Landes zu kürzen oder in ihrer Qualität zu verschlechtern. Das wiederum ist eine beachtliche Leistung; diese könnte noch größer werden, wenn durch eine Fortsetzung des Projekts auch in der Zeit nach 2027 weitere Einsparungen erzielbar sind.

Allerdings ist es nicht realistisch zu hoffen, dass die Konsolidierung des Landesbudgets längerfristig nur durch „Verwaltungsreformen“ bzw. Verbesserung der Effizienz erzielbar

ist. Die durch das Projekt realisierte „Aufgabenanalyse“ wird daher in Zukunft durch eine **„politische Aufgabenanalyse“** ergänzt werden müssen. Darunter ist eine offene politische Diskussion zu verstehen, ob das Land wirklich alle Aufgaben, die es in den letzten Jahren übernommen hat, weiterführen muss bzw. welche Aufgaben – und daher auch welche Ausgaben – in der Zukunft nicht mehr nötig sein werden. In der Praxis wird jeder Bereich der Privatwirtschaftsverwaltung einer solchen Analyse unterzogen werden müssen. Damit schließt sich der Kreis zur Gesamtsituation der öffentlichen Haushalte in Österreich: Im Hinblick auf die bereits sehr hohe Abgabenquote in Österreich wird eine nachhaltige Budgetkonsolidierung nur durch Reformen auf der Ausgabenseite möglich sein. Solche Reformen sind nur realistisch, wenn alle Ausgabenbereiche ohne Tabus darauf hin durchleuchtet werden, ob sie im Hinblick auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele unseres Staats auch in Zukunft absolut nötig sind. In diesem Sinn kann die niederösterreichische Aufgabenanalyse auch als wertvolle Anregung für den Bund bzw. generell für andere Gebietskörperschaften gesehen werden.

ANHANG 2: ÜBERSICHT ÜBER DIE ZITIERTEN STUDIEN

Studie 1.20

Aufgabenkritik in der NÖ Landesverwaltung
Lenkungsausschuss am 22. Oktober 2024

Studie 1.47

Aufgabenkritik – Maßnahmen zur Verwaltungsreform und Entbürokratisierung v. 11. März 2025

Studie 1.52

Aufgabenreform in der NÖ Landesverwaltung
Stand August 2025

Studie 1.59

Aufgabenreform – Zwischenbericht und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung innerhalb der NÖ Landesverwaltung v. 07. Oktober 2025

Studie 2.57

Almanach Bauen + Wohnen in Niederösterreich v. Dezember 2024

Studie 2.58

Klima Fitness Check Testprojekt v. 30. Januar 2025

Studie 3.4

Jahresbericht 2024 über die Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Niederösterreich v. 18. Juni 2025

Studie 4.28

Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des Universitätsgesundheitscampus St. Pölten am Standort zwischen UK St. Pölten und FH St. Pölten v. 2025

Studie 4.29

Evaluierung der NÖ Landesstipendien v. 29. Mai 2025

Studie 4.30

Evaluation des FTI-Calls für Dissertationen v. 25. September 2025

Studie 5.1

Der Grüne Bericht 2024

Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- & Forstwirtschaft 2024

Studie 5.5

NÖ LMI Tätigkeitsbericht 2024

Studie 5.6 – LF3

Geschäftsbericht Abteilung Landwirtschaftsförderung (LF3)

Zeitraum 1.1.2024 – 31.7.2025

Studie 5.7

Empirische Evidenz für die Abarbeitung der Katastrophenhilfe und der Leistungsstunden beim Hochwasser September 2024

Zahlen & Daten

Studie 6.111

Wirtschaftsprognose für Niederösterreich, Jahresbericht und vierter Quartalsbericht 2024

Studie 6.113

Wirtschaftsbericht Niederösterreich 2024

Studie 6.127

KURZSTUDIE

Schnellschätzung der Wirkung der für 2025 und 2026 beschlossenen Investitionen des Landes Niederösterreich auf Wirtschaftsleistung und Beschäftigung v. Februar 2025

Studie 6.140

Biomethanpotenzial aus Reststoffen in Niederösterreich v. Dezember 2022

Studie 6.168

Evaluierung der Anschlussförderung Niederösterreich des FFG Basisprogramms v. Dezember 2024

Studie 6.169

Volkswirtschaftliche Auswirkungen von Biomethan in Niederösterreich v. Januar 2025

Studie 6.179

Kosten, Nutzen und Standortpotenziale von Datacentern in Niederösterreich v. August 2025

Studie 6.180

Sportbericht Niederösterreich 2024

Studie 7.7

Zahlen und Daten zur Wasserwirtschaft in NÖ v. Oktober 2025

Studie 7.8

Memorandum of Understanding für die Wasserressourcen im Osten unterzeichnet v. 02. September 2024

Studie 7.9

Wasserdargebot der Quellen und Brunnen im südlichen Niederösterreich
Bewertung der aktuellen Entwicklung und Prognose v. 24.10.2024

Studie 7.10

LandSed

Studie zur Reduktion von Feinsedimentanlandung in Gewässern des Weinviertels v. 15.
Dezember 2021

Studie 7.11

Hochwasserschutzprojekte v. 2025

Studie 7.12

BEJOND – Niederschlagswasserbehandlung jenseits originärer Bemessungsereignisse
und planmäßiger Betriebszustände v. Mai 2024

Studie 7.14

Hochwasser September 2024 in Niederösterreich v. Juni 2025

Studie 8.38

NÖ Zukunftsbild 2025

Szenarien für ein Update des NÖ Klima- und Energiefahrplans v. Mai 2025

Studie 8.39

NÖ Klima- und Energieprogramm 2030

Statusbericht 2024

Studie 8.96

Machbarkeitsstudie über die zukünftige Bewirtschaftung von Alttextilien in Österreich v.
2023

Studie 8.97

Ergebnisbericht Kordonenerhebung Wien 2022 v. 07. November 2023

Studie 8.98

Daten und Fakten zur Flächeninanspruchnahme und Versiegelung

Argumentarium zur vertieften Positionierung des Themas Flächeninanspruchnahme in der Länderregion Ost v. November 2024

Studie 9.38

Niederösterreichischer Gesundheitspakt v. März 2025

Studie 9.4

Altersalmanach 2024

Altwerden in Niederösterreich v. Januar 2025

Studie 10.12

Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990-2021 v. 2023

Studie 10.18

Was ist los mit dem Ozon?

Trends und Analysen v. Juli 2023

Studie 10.20

Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990-2023 v. 2025